

---

# **BACHELORARBEIT**

---

Herr  
**Tobias Czäczine**

**Der digitale Nachlass:  
Gesetzliche Bestimmungen  
und Verwaltung des Erbes im  
Web2.0**

**2015**

# **BACHELORARBEIT**

---

## **Der digitale Nachlass: Gesetzliche Bestimmungen und Verwaltung des Erbes im Web2.0**

Autor:  
**Herr Tobias Czäczine**

Studiengang:  
**Angewandte Medien  
Medien-, Sport- und Eventmanagement**

Seminargruppe:  
**AM11wS1-B**

Erstprüfer:  
**Prof. Dr. Johannes Handschumacher**

Zweitprüfer:  
**Dirk Mühlstädt**

Einreichung:  
Breitenbach, 23.06.2015

# **BACHELOR THESIS**

---

## **The digital legacy: legal requirements and the management of heritage in the web2.0**

author:

**Mr. Tobias Czäczine**

course of studies:

**Applied Media:  
Media-, Sport- and Eventmanagement**

seminar group:

**AM11wS1-B**

first examiner:

**Prof. Dr. Johannes Handschumacher**

second examiner:

**Dirk Mühlstädt**

submission:

Breitenbach, 23.06.2015

# **Inhaltsverzeichnis**

Inhaltsverzeichnis	IV
1 Einleitung	1
2 Begriffserklärungen	3
2.1 Rechtsnachfolge – Erbschaft	3
2.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen	3
2.3 Natürliche und Juristische Person	3
2.4 Web2.0	4
3 Aspekte des digitalen Nachlasses	5
4 Rechtliche Betrachtung	7
4.1 Persönlichkeitsrechtliche Komponente	7
4.2 Urheberrechtliche Komponente	8
4.3 Vermögens-/Vertragsrechtliche Komponente	8
4.4 Sachrechtliche Komponente	8
5 Darstellung der gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten zur Regelung des digitalen Nachlasses immaterieller Güter	9
5.1 Persönlichkeitsrechtliche Komponente	10
5.1.1 Das Fernmeldegeheimnis	10
5.1.2 Der postmortale Persönlichkeitsschutz	11
5.1.3 Der Datenschutz	12
5.2 Urheberrechtliche Komponente	14
5.3 Vermögens- bzw. vertragsrechtliche Komponente	15
5.4 Schlussfolgerungen – rechtliche Möglichkeiten	15
5.4.1 Vererbung nach klassischem Erbrecht	15
5.4.2 „Vererbung“ der Daten unter persönlichkeitsrechtlichem Aspekt	16
6 Darstellung der gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten zur Regelung des digitalen Nachlasses materieller Güter	18
7 Praktiken der Diensteanbieter	19
7.1 Facebook	20
7.1.1 Gedenkstatus	21
7.1.2 Profillöschung	22
7.1.3 Zusammenfassung	22
7.2 Gmail (Gmail)	24
7.2.1 Schließung des Kontos eines verstorbenen Nutzers	24
7.2.2 Kontoinaktivitäts-Manager	25
7.2.3 Zusammenfassung	26
7.2.4 YouTube	27
7.3 PayPal	28
7.4 STRATO AG	29
7.5 Weitere Anbieter	31

8	Lösungsansätze zur Regelung des digitalen Nachlasses	33
8.1	Vorsorge zu Lebzeiten	33
8.1.1	Vorsorge nach klassischem Erbrecht	34
8.1.2	Vorsorge nach persönlichkeitsrechtlichen Aspekt	35
8.1.3	Digitale Vererbungsdienste	36
8.2	Zusammenfassung	38
9	Befragung	39
9.1	Zweck und Ziel der Befragung	39
9.2	Auswertung	40
9.2.1	Auswertung geschlossene Fragen	41
9.2.2	Auswertung offenen Fragen	42
9.3	Schlussfolgerung	45
10	Fazit	46
	Anhang	VI
	Anhang 1 – Kontaktformular Facebook	VI
	Anhang 2 – Fragebogen	VII
	Abkürzungsverzeichnis	VIII
	Abbildungsverzeichnis	IX
	Quellenverzeichnis	X
	Literaturverzeichnis	X
	Vorlesungsmitschriften des Autors	XI
	Internetquellen	XI
	Gesetze im Internet	XI
	Allgemeine Geschäftsbedingungen und Hilfe-Bereiche der Diensteanbieter	XIII
	Weitere Internetquellen	XV
	Eigenständigkeitsklärung	XVII

# 1 Einleitung

Jahrhundertlang bestand das Testament eines jeden Menschen zu weiten Teilen aus privaten Besitztümern wie Immobilien, Geld oder Dingen des alltäglichen Bedarfs. Die materiellen Erbstücke und deren Empfänger sind meist schon vor dem Ableben eines Menschen notariell dokumentiert.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich das Leben auf der Welt zunehmend digitalisiert. Spätestens seit Beginn der Ära des Web2.0 wandelte sich die Internetstruktur grundlegend. Der Internetnutzer gilt nicht mehr nur ausschließlich als Konsument angebotener Inhalte, sondern erstellt diese selbst, kommuniziert und agiert aktiv mit anderen Usern im World Wide Web.

Dieser Grundentwicklung folgend, generierten sich unzählige E-Mail-Anbieter, Social-Media-Profile, private Homepages, aber auch Online-Bankkonten, Einkaufsmöglichkeiten und Gewinnspielaktionen. Inzwischen existieren 1441 Millionen Facebook-Accounts<sup>1</sup> und noch deutlich mehr E-Mail-Adressen weltweit. Digitale Profile werden angelegt und miteinander vernetzt, E-Mail-Accounts gelten als digitaler Briefkasten.

Auf all diesen Portalen hinterlassen Millionen von Nutzern ihre Daten. Dazu gehören neben privaten Blog-Einträgen auch Bilder oder E-Mail-Nachrichten. Nahezu jeder Klick und Schritt eines Menschen im Internet wird als digitale Fußspur gesichert.

Doch das Leben ist im Gegensatz zu diesen Daten vergänglich. Mit der Präsenz und den daraus entstehenden Folgen dieses digitalen Vermächtnisses wird sich wenig beschäftigt. Intime Chatverläufe in Social-Media-Accounts, geschäftliche und private E-Mail-Nachrichten sowie unzählige Verträge, die online abgewickelt wurden, verbleiben in der digitalen Welt und sind faktisch verewigt.

Doch was, wenn der Nutzer der unterschiedlichsten Accounts stirbt? Wie werden die Zugangsdaten zu den einzelnen Portalen weitergegeben und können diese anschließend gelöscht werden? Welche Regelungen zur Bearbeitung des digitalen Nachlasses sind im Gesetz vorgeschrieben? Treffen die Anbieter der Plattformen entsprechende Vorkehrungen in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen?

Der Verfasser wird sich im Folgenden in seinen Ausführungen auf die Beantwortung solcher Fragen beziehen. Zunächst wird geklärt, welche Aspekte und Komponenten der digitale Nachlass umfasst. Dabei erfolgt insbesondere eine ausführliche Betrachtung deutscher Gesetze, welche in Kombination Anwendung auf das brisante Thema finden. Anschließend zeigt der Autor dieser Arbeit die dahingehenden Praktiken der unterschiedlichen Betreiber von Internetplattformen und deren Regelungen bezüglich dieses Themas in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf. Ferner erfolgt im

---

<sup>1</sup> Vgl. Statista GmbH: Statistiken zu Facebook.

Rahmen dieser Arbeit eine stichprobenartige Untersuchung des Kenntnisstandes über den digitalen Nachlass bei Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren.

Es werden Lösungsansätze zur Regelung des digitalen Erbes formuliert. Grundlegend wird aufgezeigt, dass sich für die rechtlichen Erben neben der Verwaltung des grundlegenden Vermächtnisses der Spezialfall „Digitaler Nachlass“ derzeit zu einem Thema enormer Wichtigkeit entwickelt.

## 2 Begriffserklärungen

### 2.1 Rechtsnachfolge – Erbschaft

Im deutschen Gesetz ist die Erbschaft im § 1922 BGB festgeschrieben. So geht „mit dem Tode einer Person (Erbfall) [...] deren Vermögen (Erbschaft) als Ganzes auf eine oder mehrere andere Personen (Erben) über.“<sup>2</sup> Eine grundsätzliche Erbschaft ist ausschließlich an ein Vermögen geknüpft. Nichtvermögenswerte Rechtsverhältnisse sind nicht vererbbar.<sup>3</sup>

### 2.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen

Laut § 305 BGB sind Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) „alle für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierte Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (Verwender) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrages stellt.“<sup>4</sup>

Die AGBs treten in Kraft, wenn diese bei (vor) Vertragsschluss<sup>5</sup> ausdrücklich, deutlich und sichtbar<sup>6</sup> in zumutbarer Weise zur Kenntnis genommen werden konnten<sup>7</sup> und der Nutzer mit der Geltung dieser einverstanden ist.<sup>8</sup>

### 2.3 Natürliche und juristische Personen

Eine Person ist Träger von Rechten und Pflichten. Nur eine nach dem Gesetz geltende Person kann Rechtsfähigkeit erlangen.<sup>9</sup> Rechtlich unterscheiden sich Personen in natürliche und juristische Personen.<sup>10</sup> Eine natürliche Person ist jeder lebende Mensch von der Geburt bis zum Tod.<sup>11</sup> Ab dem 18. Lebensjahr tritt jede natürliche Person in den Status der Volljährigkeit<sup>12</sup> und erlangt die volle Geschäftsfähigkeit, was heißt, das Rechtsgeschäfte ab diesem Alter vollständig wirksam sind.<sup>13</sup>

„Juristische Personen sind Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, denen die Rechtsordnung eine allgemeine Rechtsfähigkeit zuerkennt. Während der natürlichen Person die Rechtsfähigkeit angeboren ist, erlangt die juristische Person sie erst bei Erfüllung bestimmter gesetzlicher Voraussetzungen (meist durch Eintragung in einem

---

<sup>2</sup> Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor §1922 I BGB, S. 388.

<sup>3</sup> Vgl. Hornung, Müller-Terpitz: Rechtshandbuch Social Media, S.65.

<sup>4</sup> Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 305 BGB, S. 149.

<sup>5</sup> Vgl. Ebd., § 305 I BGB, S. 149.

<sup>6</sup> Vgl. Ebd., § 305 II Nr. 1 BGB, S. 149.

<sup>7</sup> Vgl. Ebd., § 305 II Nr. 2 BGB, S. 149.

<sup>8</sup> Vgl. Ebd., § 305 II BGB, S. 149.

<sup>9</sup> Vgl. Tobias: Medien, Kultur und Gesellschaft.

<sup>10</sup> Vgl. Ebd.

<sup>11</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 1 BGB, S. 104.

<sup>12</sup> Vgl. Ebd., § 2 BGB, S. 104.

<sup>13</sup> Vgl. Tobias: Medien, Kultur und Gesellschaft.



Register).“<sup>14</sup> Hierbei wird unterschieden zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (beruhen auf staatlichen Hoheitsakt – Bundesländer, Städte, Gemeinden)<sup>15</sup> und juristischen Personen des Privatrechts. Dabei werden im Bürgerlichen Gesetzbuch ausschließlich die rechtsfähigen Vereine (wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Vereine<sup>16</sup>) und Stiftungen behandelt.<sup>17</sup>

## 2.4 Web2.0

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelte sich aus dem bisher ausschließlich als Sender und Empfänger-System bekannten Internet das Web2.0. Internetnutzer können nun Inhalte selbst produzieren und an diesen gemeinsam teilhaben. Beschrieben wird diese Entwicklung u. a. auch „als das lebendige Web, das Hypernet, das Mitmach-Web [oder] das Schreib-Lese-Web.“<sup>18</sup>

---

<sup>14</sup> Model, Creifelds u.a.: Staatsbürgertaschenbuch, S. 590.

<sup>15</sup> Ebd. S. 326.

<sup>16</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 21, 22 BGB, S. 1106.

<sup>17</sup> Vgl. Model, Creifelds u.a.: Staatsbürgertaschenbuch, S. 591.

<sup>18</sup> Hornung, Müller-Terpitz: Rechtshandbuch Social Media, S. 14, zitiert nach Tapscott und Williams, 2009.

### 3 Aspekte des digitalen Nachlasses

Sämtliche Spuren, die ein Nutzer zeitlebens im World Wide Web streut, können grundsätzlich unter den Aspekt des digitalen Nachlasses fallen. Hierbei kann es sich um Vermögenswerte, aber auch emotionale Werte handeln. Der digitale Nachlass umfasst ein riesiges Feld, welches in seiner Größe nur schwer abzuschätzen ist.

Das Internet als solches ist Teil des täglichen Lebens der Gesellschaft geworden. Derzeitig ist davon auszugehen, dass nahezu sämtliche Gesellschaftsschichten und Altersgruppen davon Nutzen beziehen.<sup>19</sup>

Die Angebote im Internet werden nahezu von Tag zu Tag umfangreicher. Regelmäßig kann man als Nutzer des Web2.0 neue digitale Fußspuren hinterlassen. Schon längst ist eine reine Betrachtung ausschließlich eines Social-Media-Accounts, eines E-Mail-Postfachs oder eines Pay-Pal-Kontos nicht mehr ausreichend.

Aufgrund der zunehmenden Angebote im Internet sowie der daraus folgenden intensiveren Nutzung, hinterlassen die Internetnutzer immer mehr Daten im World Wide Web.

Unsere Spuren im Internet haben mittlerweile ein Ausmaß erreicht, dass eine grundlegende Festsetzung einer Definition für den digitalen Nachlass nur schwer möglich ist: „Im Unterschied zu physischen Dokumenten, Aktenordnern, Adressbüchern oder Fotoalben sind digitale Werte per Definition kaum greifbar.“<sup>20</sup>

Wohl aber erfasst eine solche Definition alle im Internet befindlichen Daten über eine Person, was schlussendlich bereits jetzt bedeutet, dass hierbei ein erhebliches Spektrum entsteht, über welches für den Einzelnen kaum eine klare Übersicht vorhanden ist. Täglich werden neue Erbstücke im Internet hinterlassen, deren Bedeutung zu Lebzeiten als gängige Begleiterscheinung in der digitalen Welt interpretiert wird.

Genauer aufgeschlüsselt und entsprechend erläutert werden diese betreffenden Komponenten im Verlauf dieser Arbeit (siehe 4).

Daten als solche sind aber nur eine Seite. Viel wichtiger, vor allem aus rechtlicher Sicht, sind wohl die Account- bzw. Plattformanbieter, welche diese Inhalte speichern, verwenden und zur Verfügung stellen.

Zur Vereinfachung werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit die Aspekte des digitalen Nachlasses eingegrenzt. Die folgende rechtliche und praktische Betrachtung wird bezüglich verbleibender Daten in Social-Media-Profilen, E-Mail-Accounts,

---

<sup>19</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 16.

<sup>20</sup> Ebd., S. 14.

vertragsrelevanten Konten im Internet (z. B. ein Online-Bank-Konto) oder eine Domain bei einem Hostinganbieter sowie urhebergeschützten Dateien auf Streaming-Portalen eingegrenzt.

Zusätzlich wird der Aspekt der Daten aufgegriffen, die auf materiellen Endgeräten wie Computern, USB-Sticks oder externen Festplatten digital gespeichert sind und somit ebenfalls Gesichtspunkte des digitalen Nachlasses besitzen.

## 4 Rechtliche Betrachtung

Vor dem Blick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und der daraus folgenden Schlussfolgerung der sich ergebenden Möglichkeiten zur Verwaltung des digitalen Nachlasses, wird zunächst geklärt, welche rechtlichen Positionen berührt werden.

Grundlegend lässt sich dies in zwei Kategorien unterteilen. Auf der einen Seite stehen Daten, welche im Internet gespeichert und hinterlegt sind. Andererseits zählen zu dieser Problematik auch sämtliche auf Endgeräten gespeicherte Dateien.<sup>21</sup>

Die vorliegende Betrachtung untergliedert sich also in materielle und immaterielle Güter. Immaterielle Güter sind Daten, welche persönlichkeitsrechtlich, urheberrechtlich und vermögens-/vertragsrechtlich geschützt sind.<sup>22</sup> Materielle Güter hingegen sind sachrechtlich geschützt.<sup>23</sup>

### 4.1 Persönlichkeitsrechtliche Komponente

Die Inhalte dieses Betrachtungsbereiches ergeben sich aus dem Deutschen Grundgesetz. Aus den Artikeln 2 Absatz 1 hat das Bundesverfassungsgericht in Verbindung mit dem Artikel 1 Absatz 2 das allgemeine Persönlichkeitsrecht geformt.<sup>24</sup> Dieses umfasst das Recht auf Schutz der Ehre, das Recht am eigenen Bild, am gesprochenen Wort sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung,<sup>25</sup> welches „jedem Einzelnen die Befugnis [gibt], grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen.“<sup>26</sup> Dies bedeutet, dass jeder selbst entscheidet, welche Daten er in der Öffentlichkeit (im Betrachtungsfall folglich im Internet) preisgibt, z. B. Account-Inhalte in sozialen Netzwerken.

Ferner beinhaltet die persönlichkeitsrechtliche Komponente auch das Recht auf Namen<sup>27</sup>, welches in § 12 BGB ausdrücklich geschützt ist<sup>28</sup> sowie den Schutz der Intim- und Privatsphäre.<sup>29</sup>

---

<sup>21</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 39.

<sup>22</sup> Vgl. Ebd.

<sup>23</sup> Vgl. Ebd.

<sup>24</sup> Vgl. Model, Creifelds u.a.: Staatsbürgertaschenbuch, S. 190.

<sup>25</sup> Vgl. Hornung, Müller-Terpitz: Rechtshandbuch Social Media, S. 81.

<sup>26</sup> Model, Creifelds u.a.: Staatsbürgertaschenbuch, S. 364.

<sup>27</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 39.

<sup>28</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor §12 BGB (1), S. 105.

<sup>29</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S.39.

## 4.2 Urheberrechtliche Komponente

Das Urheberrechtsgesetz schützt die Urheber von Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst.<sup>30</sup> Diese müssen allerdings „persönliche geistige Schöpfungen“ sein.<sup>31</sup>

Unter das Urheberrechtsgesetz fallen entsprechend besonders geistige und künstlerisch wertvolle Werke, z. B. Fotos, Videos, Gedichte oder Lieder. Inwiefern allerdings Bilder und Filme bspw. in sozialen Netzwerken unter dieses Gesetz fallen, ist von Fall zu Fall zu betrachten. Ein Profilbild bei Facebook, welches professionell erstellt und von einem Fotografen gewerblich geschützt wurde, fällt eher darunter als ein eigener ‚Schnappschuss‘.

## 4.3 Vermögens-/Vertragsrechtliche Komponente

Unter diesen Aspekt fallen vertraglich fixierte Geschäfte im World Wide Web. Dazu zählen u. a. der Kauf einer Homepage bzw. des Domainnamens oder ein Restguthaben auf einem Pay-Pal-Konto.<sup>32</sup>

## 4.4 Sachrechtliche Komponente

Hierbei sind ausschließlich digitale Daten zu betrachten, welche bereits unabhängig vom Internet auf lokalen Endgeräten gespeichert sind. Dazu zählen Datenträger wie CDs, DVDs, USB-Sticks, Computer oder Festplatten.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> Vgl. Gesetze im Internet, § 1 UrHG.

<sup>31</sup> Vgl. Ebd, § 2 II UrHG.

<sup>32</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S.39.

<sup>33</sup> Vgl. Ebd.

## 5 Darstellung der gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten zur Regelung des digitalen Nachlasses immaterieller Güter

In der deutschen Rechtsprechung selbst gibt es keine eindeutig formulierten Gesetze zum Umgang mit dem digitalen Nachlass.<sup>34</sup> Allerdings ergeben sich in Kombination des Erbrechts, des Datenschutzrechts und des Verfassungsrechts Lösungsansätze und Regelungen für Anbieter und Nutzer.<sup>35</sup>

Prinzipiell ist im Rahmen des Erbrechts festgeschrieben, dass das Gesamtvermögen einer Person auf den Rechtsnachfolger übergeht.<sup>36</sup> Dieses „Vermögen“ umfasst sämtliche geldwerten Rechtsbeziehungen, also bezogen auf den digitalen Nachlass z. B. Rechte an einer Internetdomain, Guthaben bei Online-Spielen, aber auch sämtliche digital geschlossenen vertraglichen Beziehungen.<sup>37</sup> Dies ist die vermögens- und vertragsrechtliche Komponente.

Professor Dr. Mario Martini beschreibt in seinem Skript „Der digitale Nachlass und die Herausforderung postmortalen Persönlichkeitsschutzes im Internet“ weiterhin immaterielle Güter, welche grundsätzlich unkörperlich sind, aber einen Vermögenswert besitzen.<sup>38</sup> Hierzu gehört u. a. die urheberrechtliche Komponente, also Werke, die unter das deutsche Urhebergesetz fallen.

Die größte ungeklärte Herausforderung stellt aber die persönlichkeitsrechtliche Komponente und somit der Schutz der Persönlichkeit nach dem Tod im Cyberspace dar. Hierunter fallen zum großen Teil die im Laufe des Lebens gespeicherten Daten im Internet. Auch sämtliche mit Passwort gesicherte Accounts wie E-Mails, Chat-Portale oder soziale Netzwerke, aber auch Daten und Inhalte auf einer Homepage fallen in dieses Betrachtungsgebiet.<sup>39</sup> Diese „lassen sich [...] nicht ohne Weiteres in das binäre Schema vermögensrechtlicher und nicht-vermögensrechtlicher Positionen pressen.“<sup>40</sup>

---

<sup>34</sup> Vgl. Martini, S.3.

<sup>35</sup> Vgl. Ebd.

<sup>36</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 1922 BGB, S. 388.

<sup>37</sup> Vgl. Martini, S. 3.

<sup>38</sup> Vgl. Ebd., S. 4.

<sup>39</sup> Vgl. Ebd.

<sup>40</sup> Ebd.

## 5.1 Persönlichkeitsrechtliche Komponente

Die Persönlichkeit eines Menschen beginnt mit der vollendeten Geburt.<sup>41</sup> Eine festgeschriebene Regelung, wann die Persönlichkeit eines Menschen endet, gibt es im deutschen Gesetz nicht. Allerdings kann der Mensch mit dem Tod die in 4.1 aufgeführten Rechte nicht mehr selbst wahrnehmen bzw. verwalten und nach Ableben natürlich nicht mehr über seine personenbezogenen Daten im Internet selbst bestimmen. Somit erlischt die Fähigkeit zur freien Entfaltung der Persönlichkeit grundsätzlich mit dem Tod.<sup>42</sup> Die bis dato ins Internet übertragenen Daten sind zunächst auf den Servern der Plattformanbieter hinterlegt und gespeichert.

Prinzipiell schließt der Nutzer z. B. beim Eintritt in ein soziales Netzwerk mit dem Anbieter einen Vertrag. Dieser kann nach § 1922 Absatz I des Bürgerlichen Gesetzbuches vererbt werden (Universalsukzession).<sup>43</sup> Mit dieser gesetzlichen Grundlage würden ebenso die Ansprüche auf Herausgabe der Zugangsdaten für den betreffenden Account auf den Erben übergehen.<sup>44</sup>

Diesem zivilrechtlichen Gedanken stehen allerdings grundlegende Regelungen gegenüber. Dazu gehören in erster Linie das Fernmeldegeheimnis (§ 88 Telekommunikationsgesetz), Vorschriften zum Datenschutz, aber auch Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts zum postmortalen Persönlichkeitsschutz<sup>45</sup>, aus welchen sich herauskristallisiert, dass ein einfaches Vererben dieser Daten nicht problemlos möglich ist.

### 5.1.1 Das Fernmeldegeheimnis

Das Fernmeldegeheimnis findet vor allem in Bezug auf die Nachrichtenfunktion von E-Mails oder Social-Media-Accounts Anwendung. Facebook, GMX und Co sind laut rechtlicher Definition Diensteanbieter im Rahmen des Telekommunikationsgesetzes: „Im Sinne dieses Gesetzes ist oder sind ‚Diensteanbieter‘ jeder, der ganz oder teilweise geschäftsmäßig a) Telekommunikationsdienste erbringt oder b) an der Erbringung dieser Dienste mitwirkt.“<sup>46</sup>

Jeder solche Diensteanbieter ist verpflichtet, die Inhalte jeglicher Kommunikation, die über die betreffende Plattform von Nutzern vollzogen werden, geheim zu halten. Laut Gesetz ist es allein schon untersagt, sich Zugang zu diesen geschützten Kommunikationen zu verschaffen.<sup>47</sup> Untermauert wird das Fernmeldegeheimnis ebenso

---

<sup>41</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S.39 i. V. Art.1 GG.

<sup>42</sup> Vgl. Martini, S. 6.

<sup>43</sup> Vgl. Hornung, Müller-Terpitz: Rechtshandbuch Social Media, S. 65 und S. 121.

<sup>44</sup> Vgl. Ebd.

<sup>45</sup> Vgl. Ebd S. 65,66.

<sup>46</sup> Gesetze im Internet, § 3 Nr. 6 TKG.

<sup>47</sup> Vgl. Ebd, § 88 I, II, III TKG.

im Grundgesetz. Der Artikel 10 schützt die Kommunikation über Brief-, Telefon- oder E-Mail-Verkehr. Ebenso sind in diesem Zusammenhang Chat-Rooms zu betrachten.<sup>48</sup>

Das Fernmeldegeheimnis beruht des Weiteren auf der Tatsache, dass es neben dem potentiellen Erblasser ebenso seinen Kommunikationspartner schützt.<sup>49</sup> Folglich würde eine Herausgabe der Daten durch den Diensteanbieter an den Erben den jeweiligen Kommunikationspartner schädigen. Die Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses ist strafrechtlich in § 206 Absatz I des Strafgesetzbuches geregelt.<sup>50</sup>

Das Bundesverfassungsgericht sieht Kommunikationsvorgänge erst dann als beendet an, wenn diese auf den Servern des Diensteanbieters nicht mehr zugänglich sind.<sup>51</sup> Grundsätzlich ist das Speichern der Kommunikationen bei den meisten Anbietern der Fall. Sowohl Facebook, als auch sämtliche E-Mail-Anbieter sichern gesendete und empfangene Nachrichten weiter auf ihren jeweiligen Servern.

Sicherlich hat dies aus Unternehmerseite den Hintergrund, Informationen über den Nutzer zu sammeln und werbetechnisch gewinnbringend in Form von personalisierten digitalen Werbeanzeigen zu vermarkten. Andererseits verhindert das Speichern dieser Nachrichten und Informationen die grundlegende Möglichkeit, Accountdaten nach dem Tod des Nutzers offenzulegen und an Dritte weiterzugeben. Dies würde allein schon gegen § 10 Absatz 1 des Grundgesetzes und somit gegen das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis verstoßen.

### 5.1.2 Der postmortale Persönlichkeitsschutz

Auch wenn ein Mensch seine Persönlichkeit nach dem Ableben nicht mehr ausüben kann, hat der Gesetzgeber Regelungen zum postmortalen Schutz der Persönlichkeit geschaffen. Dieser ist zunächst in den Grundrechten der Bundesrepublik Deutschland und der darin enthaltenen Menschenwürde verankert. In diesem ersten Artikel des deutschen Grundgesetzes verpflichtet sich der Gesetzgeber, die Menschenwürde zu achten und zu schützen.<sup>52</sup> Dass dieser Schutz der Menschenwürde auch über den Tod hinaus schutzfähig bleibt und somit ein postmortaler Persönlichkeitsschutz gesetzlich verankert ist, bewies das Bundesverfassungsgericht 1971 mit seiner „Mephisto-Entscheidung“.<sup>53</sup>

Dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist grundlegend eine Entscheidung zur Kunstfreiheit nach dem Tod, beinhaltet allerdings bei näherer Interpretation auch Inhalte zum Persönlichkeitsschutz. Die Würde eines Menschen darf auch nach dem Tod nicht

---

<sup>48</sup> Vgl. Model, Creifelds u.a.: Staatsbürgertaschenbuch, S. 193 Nr. 66m.

<sup>49</sup> Vgl. Hornung, Müller-Terpitz: Rechtshandbuch Social Media, S. 66.

<sup>50</sup> Vgl. Andres, Kapitel 12.

<sup>51</sup> Vgl. Martini, S.10.

<sup>52</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, Art. 1 I GG, S. 67, i. V. Martini, S. 9.

<sup>53</sup> Vgl. Martini, S.9.



herabgewürdigt oder erniedrigt werden.<sup>54</sup> Das bedeutet, dass „die als Teile der Menschenwürde geschützten Werte der Persönlichkeit [...] als personaler Eigenwert die durch den Tod begrenzte Rechtsfähigkeit ihres Trägers [überdauern].“<sup>55</sup>

Dies lässt sich ebenso auf einen Diensteanbieter im Internet übertragen. Die von einem Nutzer angelegten privaten und intimen Daten sind auch nach dem Tod als schutzfähig anzusehen, was den Diensteanbietern ebenso grundsätzlich verbietet, Passwörter oder Account-Daten herauszugeben und somit den Account als solchen vor unbefugten Dritten, in diesem Fall auch Erben oder Angehörige, zu schützen.<sup>56</sup> Dritte könnten durch Zugriff auf die Daten ihr persönliches Bild auf den Verstorbenen abändern.<sup>57</sup> Diese Erkenntnis stellt ein grundlegendes Element des postmortalen Persönlichkeitsschutzes dar. Eine Aufhebung der Geheimhaltungspflicht nach dem Tod ist zwar grundlegend nicht festgeschrieben, würde aber dem Gesetz als solches widersprechen.

Ferner stellte das Bundesverfassungsgericht in der Mephisto-Entscheidung fest, dass „die Menschenwürde und [die] freie Entfaltung zu Lebzeiten nur dann zureichend gewährleistet sind, wenn der Mensch auf einen Schutz seines Lebensbildes wenigstens gegen grobe ehrverletzende Entstellungen nach dem Tode vertrauen und in dieser Erwartung leben kann.“<sup>58</sup> Hieraus lässt sich vor allem in Bezug auf digitale Hinterlassenschaften schließen, dass der Mensch nur Inhalte in das Internet stellt, wenn er im Gutglauben über deren Verwendung (auch nach dem Tod) ist. Das heißt z.B., dass eine vertrauliche E-Mail nur vom entsprechenden Adressaten gelesen werden kann und auch niemand Weiterem zugänglich ist. Der Nutzer ist somit grundlegend erst mit der Vergabe seiner Daten an Dritte einverstanden, wenn er diese selbst diesen Dritten mitteilt.

Damit stellt die Rechtsprechung den Diensteanbieter wiederum in die Pflicht, Daten zum Schutz der Ehre des Menschen (Persönlichkeitsrecht, siehe 4.1) auch nach dem Tod achtsam zu behandeln.

### 5.1.3 Der Datenschutz

Das Bundesdatenschutzgesetz ist dazu ausgelegt, jeden Menschen davor zu sichern, dass er durch den Umgang mit seinen personenbezogenen Daten in seinem Persönlichkeitsrecht nicht beeinträchtigt wird.<sup>59</sup>

Hierbei wird vor allem das grundlegende Recht auf informationelle Selbstbestimmung angesprochen, welches es dem Nutzer ermöglicht, selbst über die Preisgabe sowie die Verwendung seiner persönlichen Daten (im Internet) zu bestimmen (siehe 4.1).<sup>60</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. Vogt: Medien, Kultur und Gesellschaft.

<sup>55</sup> Martini, S.9.

<sup>56</sup> Vgl. Gesetze im Internet, § 13 IV Nr. 3 TMG.

<sup>57</sup> Vgl. Martini, S.9.

<sup>58</sup> Ebd., S. 11.

<sup>59</sup> Vgl. Gesetze im Internet, § 1 I BDSG.

Ferner ist im Bundesdatenschutzgesetz festgelegt, dass die Verarbeitung und Weiterverwendung personenbezogener Daten nur dann wirksam ist, wenn der betroffene Nutzer im Voraus schriftlich eingewilligt hat<sup>61</sup>, was in der Praxis das Bestätigen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen bedeutet oder der Gesetzgeber es ausdrücklich erlaubt.<sup>62</sup> Bspw. ist in § 28 Absatz III des Bundesdatenschutzgesetzes festgeschrieben, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten dann rechtlich wirksam ist, so es für „Zwecke [...] der Werbung [...] verfährt“. Weiterhin wird aber nochmal ausdrücklich auf die vorherige Einwilligung hingewiesen.<sup>63</sup>

Des Weiteren ist ebenfalls in diesem Gesetz verankert, dass der Nutzer das Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten<sup>64</sup> sowie die Möglichkeit auf Berichtigung, Löschung und Sperrung dieser Informationen besitzt (siehe auch informationelle Selbstbestimmung).<sup>65</sup>

Hierbei entsteht folgende Problematik. Das Bundesdatenschutzgesetz trifft seine Regelungen ausschließlich auf „personenbezogene Daten“ und „natürliche Personen“, ergo lebende Menschen.<sup>66</sup> Doch genau diese Einwilligung zu Lebzeiten in die Weiterverarbeitung der Daten ist mit dem Ableben nicht mehr gegeben. Der Tod löscht die im Internet befindliche Persönlichkeit nicht aus. Prof. Dr. Martini beschreibt dies wie folgt: „Die Daten Verstorbener würden zum Plünderungsobjekt der Nachwelt, hätten sie nicht mehr am Schutz des Datenschutzrechts teil.“<sup>67</sup>

Hierbei schlussfolgert sich aus den bisherigen Erkenntnissen des postmortalen Persönlichkeitsschutzes sowie dem Datenschutzrecht, dass eine Weiterverwendung der personenbezogenen Daten nach dem Tod grundsätzlich für den Diensteanbieter solange möglich ist, bis das Nutzerprofil gelöscht ist, bzw. die Einwilligung zur Nutzung der Daten nicht mehr gegeben ist. Die Löschung eines Profils ist aber aufgrund der Regelungen zur Herausgabe der Daten an Dritte eine schwierige Angelegenheit.

Dafür hat der Gesetzgeber aber zumindest einen Anhaltspunkt geschaffen. In § 35 Absatz V des ersten Buches des Sozialgesetzbuches heißt es: „Sozialdaten Verstorbener dürfen [...] verarbeitet oder genutzt werden. Sie dürfen außerdem verarbeitet oder genutzt werden, wenn schutzwürdige Interessen des Verstorbenen oder seiner Angehörigen dadurch nicht beeinträchtigt werden können.“<sup>68</sup> Dies bedeutet grundlegend, dass Daten weiterhin genutzt werden können, so diese keine schutzwürdigen Interessen (in Bezug auf das Persönlichkeitsrecht des Grundgesetzes)

---

<sup>60</sup> Vgl. Model, Creifelds u.a.: Staatsbürgertaschenbuch, S. 364.

<sup>61</sup> Vgl. Gesetze im Internet, § 4 I BDSG.

<sup>62</sup> Vgl. Model, Creifelds u.a.: Staatsbürgertaschenbuch, S.365 i. V. Hornung, Müller-Terpitz: Rechtshandbuch Social Media, S. 117.

<sup>63</sup> Gesetze im Internet, § 28 III BDSG.

<sup>64</sup> Vgl. Ebd, § 19 i. V. § 34 BDSG.

<sup>65</sup> Vgl. Ebd, § 20 i. V. § 35 BDSG.

<sup>66</sup> Vgl. Martini, S.6.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Gesetze im Internet, § 35 V SGB I.

beeinträchtigen. Dem Schutz dieser Daten werden also aus rein gesetzlicher Sicht auch nach Ableben des Nutzers ein Stellenwert sowie ein Geheimhaltungsschutz eingeräumt.<sup>69</sup>

## 5.2 Urheberrechtliche Komponente

Ob Hobbyfotografien oder -videos, wie sie gehäuft im Internet zu finden sind, überhaupt unter das Urhebergesetz fallen, dessen Voraussetzungen erfüllen und somit durch das Gesetz geschützt sind, ist fraglich.

So muss zum Entstehen eines urheberrechtlich schutzfähigen Werkes eine individuelle, eigenständige Gestaltung erkennbar sein. Das Urhebergesetz beschreibt diese persönliche, geistige Schöpfung<sup>70</sup> als einmaliges Werk, z. B. eine Melodie (Werke der Musik), ein Gedicht (Sprachwerk), eine Fotografie (Lichtbildwerk) oder ein Video (Filmwerk).<sup>71</sup> Dieses Werk muss zudem untrennbar mit dem Urheber verbunden sein. Über eine sogenannte Schöpfungshöhe wird das urheberrechtliche Werk von trivialen Gestaltungen abgegrenzt.<sup>72</sup>

Entsprechend dieser gesetzlichen Regelungen, können nur wenige Inhalte, die im Verlauf eines Lebens im Internet gespeichert werden, als ein solches geschütztes Werk angesehen werden. Hobbyfotografien und -filme oder ein Facebook-Post fallen nicht unter das Urheberrechtsgesetz.<sup>73</sup> Unter dieses Gesetz fallen aber z. B. geschützte Fotografien eines Fotografen auf einer Homepage oder Musikvideos auf YouTube.

Ist ein solches Gut unter dem Schutz des Urheberrechtsgesetzes, ist zunächst der Diensteanbieter, z. B. YouTube, als Nutzer anzusehen, da der Urheber selbst mit Hochladen der Datei das Nutzungsrecht überträgt.<sup>74</sup> Die Rechte zur weiteren Verbreitung und des Schutzes obliegen allerdings weiterhin dem Urheber.

Ein urhebergeschütztes Werk kann laut Urhebergesetz vererbt werden.<sup>75</sup> Die Rechte am Werk gehen auf den Rechtsnachfolger über (siehe 5.4).

---

<sup>69</sup> Vgl. Martini, S.7.

<sup>70</sup> Vgl. Gesetze im Internet, § 2 II UrHG.

<sup>71</sup> Vgl. Ebd, § 2 I UrHG.

<sup>72</sup> Vgl. Voigt, Medien, Kultur und Gesellschaft.

<sup>73</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 41.

<sup>74</sup> Vgl. Gesetze im Internet, § 31 I UrHG.

<sup>75</sup> Vgl. Ebd, § 28 I, II UrHG.

## 5.3 Vermögens – bzw. vertragsrechtliche Komponente

Die am einfachsten zu betrachtende Komponente ist der vermögens- bzw. vertragsrechtliche Aspekt. Sämtliche im Internet geschlossenen Verträge, sei es z. B. mit einem Hostinganbieter bzgl. einer Internetdomain oder mit Pay Pal zur Nutzung des Pay-Pal-Accounts, fallen grundsätzlich unter das klassische Erbrecht nach § 1922 des Bürgerlichen Gesetzbuchs<sup>76</sup> und gehen auf den Gesamtrechtsnachfolger über.

Ebenso verhält es sich beim Geldvermögen z. B. mit dem Guthaben auf dem beschriebenen PayPal-Account oder geldwerten Hinterlassenschaften bei Online-Gewinnspielen und weiteren Online-Bankkonten.<sup>77</sup>

## 5.4 Schlussfolgerungen – rechtliche Möglichkeiten

### 5.4.1 Vererbung nach klassischem Erbrecht

Zusammenfassend sind die rechtlichen Möglichkeiten zur Verwaltung des digitalen Nachlasses an die jeweilige Komponente gebunden. Am einfachsten ist die Vererbung des vermögens- und vertragsrechtlichen Aspektes sowie der urheberrechtlichen Komponente wie folgt nach klassischem Erbrecht.

Dieses beinhaltet die prinzipielle Möglichkeit einer letztwilligen Verfügung (Testament), welche in § 1939 des Bürgerlichen Gesetzbuches festgeschrieben ist.<sup>78</sup> Ferner erlaubt das Bürgerliche Gesetzbuch nach § 1941 die Variante eines Erbvertrages, in welchem der Erblasser einen Erben einsetzen und Vermächtnisse sowie Auflagen anordnen kann.

Dem Erblasser stehen folglich nach dem Erbrecht zwei verschiedene Handlungsmittel offen. Für die privaten Daten und Konten in der digitalen Welt liegt es aber nahe, das Testament dem Erbvertrag vorzuziehen. Der Erbvertrag muss nach § 2274 des Bürgerlichen Gesetzbuches bereits zu Lebzeiten geschlossen werden. Dies beinhaltet, dass personenbezogene Daten wie z. B. Passwörter eines Pay-Pal-Accounts noch zu Lebzeiten öffentlich gemacht werden würden. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Erblasser seine höchstprivaten Daten zu Lebzeiten geheim halten und noch nicht an Dritte weitergeben will. Demzufolge ist die Testaments-Variante das gängigere Mittel in der Praxis.<sup>79</sup> Hierzu besteht ferner die Möglichkeit, einen Testamentsvollstrecker einzusetzen, welcher den Nachlass für den Erblasser regelt.<sup>80</sup>

---

<sup>76</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 39 i.V. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 1922 BGB, S. 388.

<sup>77</sup> Vgl. Ebd.

<sup>78</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 1939 BGB, S. 390.

<sup>79</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 41.

<sup>80</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 2197 I BGB, S. 428.

Doch damit ein Testament nach dem letzten Willen des Erblassers umgesetzt werden kann und rechtlich bindend ist, sind im Gesetz feste Regeln und Formerfordernisse fundiert. So muss es eigenhändig geschrieben, mit Vor- und Familiennamen unterschrieben<sup>81</sup> sowie eine genaue Datums- und Ortsangabe getätigt werden.<sup>82</sup> Ist das Testament formal und rechtlich bindend, äußert der Gesetzgeber keine Bedenken zur Umsetzung des letzten Willens. Die Übertragung der online geschlossenen Verträge sowie noch vorhandenem Geld-Vermögen ist nach klassischem Erbrecht folglich handelbar. Vorausgesetzt, alle im Laufe eines „Online-Lebens“ geschlossenen Verträge werden berücksichtigt und vom Nutzer selbst im Testament benannt, besteht hier die Möglichkeit, dass diese digitalen Fußspuren durch die Erben gereinigt werden können. Als Rechtsnachfolger werden die Erben bzw. der Testamentsvollstrecker entsprechend Vertragspartner. Als dieser obliegt es Ihnen, nach dem letzten Willen des Verstorbenen, die Verträge zu beenden oder wenn gewollt, auch weiterzuführen.<sup>83</sup>

Ebenso verhält es sich mit der Vererbung von urheberrechtlich geschützten Werken im Internet, welche nahezu problemlos auf den Rechtsnachfolger übergehen und mittels einer letztwilligen Verfügung vererbt werden können.<sup>84</sup> Des Weiteren ist zu beachten, dass das Urheberrecht ausschließlich nach dem Ableben des Urhebers übertragbar ist<sup>85</sup> und 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers erlischt.<sup>86</sup> Innerhalb dieser Zeit ist der Rechtsnachfolger, welchem in diesem Zeitraum dieselben rechtlichen Möglichkeiten zustehen, wie dem Urheber als solches,<sup>87</sup> berechtigt, die Daten bzw. geschützten Werke vom Nutzer (z. B. YouTube) herauszugeben oder entfernen zu lassen. Das einfache zivilrechtliche Erbrecht findet hierbei Anwendung. Wichtig ist allerdings, wie beschrieben, das Vorhandensein eines Testaments und somit die Kenntnis des Rechtsnachfolgers bzw. Testamentsvollstreckers über das vorhandene Werk.<sup>88</sup>

#### 5.4.2 „Vererbung“ der Daten unter persönlichkeitsrechtlichem Aspekt

Wie in 5.1 und den Unterpunkten beschrieben, sind vom Gesetzgeber unterschiedliche Richtlinien vorgegeben, welche den Einfluss auf die Verfahrensweise mit personenbezogenen, privaten Daten im Internet beschreiben.

Allerdings beziehen sich all diese Rechte auf die Beziehung zwischen dem (lebenden) Nutzer und dem jeweiligen Dienstleister. Die Vorschriften verbieten nahezu übereinstimmend eine Herausgabe dieser intimen Daten an Dritte, egal ob postmortal oder noch zu Lebzeiten.

---

<sup>81</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 2247 I i.V. § 2247 III BGB, S. 433.

<sup>82</sup> Vgl. Ebd., § 2247 II BGB, S. 433.

<sup>83</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 39.

<sup>84</sup> Vgl. Gesetze im Internet, § 28 I und II UrHG.

<sup>85</sup> Vgl. Ebd., § 29 I UrHG.

<sup>86</sup> Vgl. Ebd., § 64 UrHG.

<sup>87</sup> Vgl. Ebd., § 30 UrHG.

<sup>88</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 39.

Grundlegend wird also die Frage aufgeworfen, ob Ansprüche zur Herausgabe von Zugangsdaten (z. B. Passwörter) vom rechtlichen Erben geltend gemacht werden können und somit Zugriff auf sämtliche im Rahmen eines Online-Lebens auf dem betreffenden Account gesicherten Daten geschaffen werden kann.

Würde es eine Regelung geben, welche es erlaubt, nach Ableben eines Nutzers die personenbezogenen Daten weiterzugeben, widerspräche diese den grundlegenden Gesetzen und Normen zur Geheimhaltungspflicht.<sup>89</sup> Der Nutzer ist gesetzlich gegen die Offenlegung seiner im Internet befindlichen persönlichen Daten, welche unter die beschriebene Komponente fallen, solange geschützt, bis er selbst die Freigabe gegenüber dem Diensteanbieter oder Dritten gibt<sup>90</sup>, ergo die Passwörter selbst herausgibt. Sollte ein Diensteanbieter die höchstpersönlichen Daten preisgeben, verstößt dieser gegen die Grundsätze des Telemediengesetzes sowie Bundesdatenschutzgesetzes und macht sich daher strafbar. Rechtlich könnte dieser Dienstleister mittels Bußgeldbescheid belangt werden. Festgeschrieben ist dies in § 16 Absatz II Nr. 3 des Telemediengesetzes bzw. im § 43 Absatz II Nr. 3 des Bundesdatenschutzgesetzes.<sup>91</sup> Darin heißt es: „Ordnungswidrig handelt, wer vorlässig oder fahrlässig unbefugt personenbezogene Daten, die nicht allgemein zugänglich sind, abrufen oder sich oder einem anderen [hier: Dritte bzw. Erben] [...] verschafft.“<sup>92</sup>

Dem Diensteanbieter selbst obliegt gesetzlich also ein Verbot zur Herausgabe der Zugangsdaten<sup>93</sup>, unabhängig davon, ob die Erben ein (berechtigtes) Interesse zur Einsicht haben. Festzuhalten ist, dass diese Daten nicht vererbbar sind. Sollte der Nutzer wünschen, dass seine Accounts nach Ableben problemlos gelöscht werden, ist es für diesen wohl am einfachsten, Zugangsdaten testamentarisch zu hinterlegen.

---

<sup>89</sup> Vgl. Martini, S. 12.

<sup>90</sup> Vgl. Ebd.

<sup>91</sup> Vgl. Ebd., S. 15.

<sup>92</sup> Gesetze im Internet: § 43 II Nr. 3 BDSG.

<sup>93</sup> Vgl. Martini, S. 12.

## 6 Darstellung der gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten zur Regelung des digitalen Nachlasses materieller Güter

Materielle Datensammlungen auf Festplatten wie CDs, DVDs oder Computern selbst, werden als Vermögenswert behandelt und unterliegen somit den gesetzlichen Bestimmungen des Erbrechts vermögensrechtlicher Güter (siehe 5.4.1).<sup>94</sup>

Der grundlegende Unterschied zu den im Internet gespeicherten vermögensrechtlichen Daten ist, dass diese Daten als Gegenstand vorhanden sind und zu großen Teilen kein Such- und Zugriffsproblem überwunden werden muss.<sup>95</sup> Eine Ausnahme könnten hierbei passwortgesicherte Festplatten oder Computer darstellen. Diese Passwörter können aber vom Erblasser wiederum im Testament festgehalten werden.

Aus den Grundlagen des Erbrechts ergeben sich wiederum die zwei Möglichkeiten des Erbvertrags oder des Testaments (letzten Willens).<sup>96</sup> Hierbei ist es dem Erblasser möglich, eine (oder mehrere) feste Erben zu bestimmen, welche Einblick auf die Daten haben dürfen.<sup>97</sup>

Zur rechtlichen Durchsetzung und Gültigkeit des Testaments bestehen somit keine Zweifel, so das Testament den nötigen Form- und Rechtsvorschriften entspricht. Die Daten sind auf einem festen materiellen Gut vorhanden und nicht vertragsrechtlich zwischen dem Erblasser (bzw. nach dem Ableben dem Rechtsnachfolger) und einem weiteren dienstleistenden Unternehmen gebunden. Es handelt sich dabei grundlegend um die Vererbung des materiellen Guts bzw. des Vermögenswertes und nicht in erster Linie um die Daten.<sup>98</sup>

---

<sup>94</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 39.

<sup>95</sup> Vgl. Ebd.

<sup>96</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 1939 i. V. § 1941 BGB, S. 390 f.

<sup>97</sup> Vgl. Ebd.

<sup>98</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 39.

## 7 Praktiken der Diensteanbieter

Im Folgenden sollen am ausführlichen Beispiel der fünf unterschiedlichen Diensteanbieter Facebook, Gmail (Googlemail), YouTube, PayPal und dem Homepage-Anbieter STRATO deren Praxis im Umgang mit dem digitalen Nachlass aufgezeigt werden. Dabei werden etwaige Regelungen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Hilfe-Portalen zum Umgang mit der Problematik am Beispiel beschrieben.

Grundsätzlich lässt sich aber bereits vor dem Beschäftigen mit den gängigen Praktiken feststellen, dass die Plattformanbieter in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen das Thema nur anreisen bzw. gar nicht tangieren. Dies liegt ursächlich an den gesetzlichen Bestimmungen, welche im oberen Teil dieser Arbeit aufgezeigt wurden.

Die Diensteanbieter würden sich dementsprechend strafbar machen, wenn sie es Dritten bzw. in diesem Sinne auch dem rechtmäßigen Erben ermöglichen würden, einen Zugang zum betreffenden Account zu gewährleisten. Hierbei greifen vor allem die Regelungen der persönlichkeitsrechtlichen Komponente.

Allgemeine Geschäftsbedingungen dürfen laut Bürgerlichem Gesetzbuch nicht gegen gesetzliche Regelungen verstoßen. Hier heißt es: „Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind unwirksam, wenn sie den Vertragspartner des Verwenders entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen. [...] Eine unangemessene Benachteiligung ist im Zweifel anzunehmen, wenn eine Bestimmung 1. mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, von der abgewichen wird, nicht zu vereinbaren ist [...]“. <sup>99</sup>

Hieraus lässt sich schließen, dass eine definitive Bestimmung zur Herausgabe der Zugangsdaten eines Accounts an die Erben im Todesfall, nach den rechtlichen Regelungen des Telemedien-, Telekommunikations- und Bundesdatenschutzgesetzes nichtig wäre, was nach § 306 des Bürgerlichen Gesetzbuches aber keine Gesamtnichtigkeit der Allgemeinen Geschäftsbedingungen inkludiert. Der Vertrag als solches würde im Übrigen wirksam bleiben, falls Teile der Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam oder nichtig sind. <sup>100</sup> Es würde dementsprechend keine Gesamtnichtigkeit entstehen.

Trotzdem haben einige Plattformanbieter teils inoffizielle Regelungen für die praktische Umsetzung des Themas geschaffen und bewegen sich entsprechend in einer rechtlichen Grauzone.

---

<sup>99</sup> Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 307 I und II BGB, S. 150.

<sup>100</sup> Vgl. Ebd., § 306 I BGB, S. 150.



## 7.1 Facebook

Das 2004 gegründete Unternehmen Facebook ist trotz in letzter Zeit abfallender Mitgliederzahlen immer noch mit 1441 Millionen Nutzern das weltweit größte soziale Netzwerk und ist mittlerweile in über 70 Sprachversionen verfügbar.<sup>101</sup> Etwa 85 Prozent der volljährigen Internetnutzer in Deutschland besitzen ein Facebook-Profil, „alle anderen Netzwerke wie Stayfriends, Google+ und Xing bilden hier unter aufmerksamkeitsökonomischer Perspektive nur den Longtail dieses Marktes“<sup>102</sup>, was die Größe des Unternehmens im Branchenvergleich grundlegend untermauert. Weltweit stirbt nahezu aller drei Minuten ein Facebook-Nutzer, ohne über den Verbleib seiner Daten auf der Plattform eine Regelung getroffen zu haben.<sup>103</sup>

Grundsätzlich ist es aber zunächst erst einmal möglich, sein Konto zu Lebzeiten zu löschen oder zu deaktivieren. Die Datenrichtlinie ermöglicht es dem Kunden zu jederzeit, sein Konto aufzulösen.<sup>104</sup> Hierbei werden anschließend sämtliche von einem selbst in das soziale Netzwerk übertragene Inhalte gelöscht, da Facebook dann „die Daten nicht mehr [benötigt], um Produkte und Dienste anzubieten.“<sup>105</sup> Allerdings ist hierbei zu beachten, dass Informationen, die andere Nutzer über einen selbst ins Netz gestellt haben, wie z. B. die Verlinkung auf einem Foto, nicht gelöscht werden, da diese grundsätzlich nicht Teil des Kontos sind.<sup>106</sup>

Ferner bietet Facebook seinen Nutzern auch noch die erweiterte Möglichkeit, das Benutzerkonto vorübergehend zu deaktivieren, falls die Nutzung der Dienste nur für einen gewissen Zeitraum nicht gewünscht ist.<sup>107</sup>

In den Datenrichtlinien, welche als Allgemeine Geschäftsbedingungen anzusehen sind, ist eine genaue Regelung zum Umgang mit den Daten Verstorbener nicht getroffen. Allerdings findet sich hier ein Link zum Hilfebereich, in welchem die Problematik ausführlich kommuniziert ist.

Grundsätzlich bietet das Unternehmen seinen Nutzern hierzu zwei Möglichkeiten. Neben der Löschung des Kontos, ist es möglich, das Benutzerprofil in einen Gedenkzustand zu verwandeln.<sup>108</sup>

---

<sup>101</sup> Vgl. Statista GmbH: Statistiken zu Facebook.

<sup>102</sup> Hornung, Müller-Terpitz: Rechtshandbuch Social Media, S. 23.

<sup>103</sup> Vgl. Aversch: Das problematische Erbe.

<sup>104</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Datenrichtlinie.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Vgl. Ebd.

<sup>107</sup> Vgl. Ebd.

<sup>108</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Was passiert im Fall meines Ablebens mit meinem Konto.

### 7.1.1 Gedenkstatus

Das Versetzen eines Profils in einen Gedenkstatus kann durch Freunde oder Familienangehörige bei Facebook selbst durch Nachweis des Todes in Form einer Todesanzeige oder Nachrichtenmeldung beantragt werden.<sup>109</sup> Facebook stellt damit eine Möglichkeit für die Angehörigen bereit, die Erinnerungen an den Verstorbenen in der digitalen Welt weiterhin zu teilen<sup>110</sup> und „schafft eine neue Form der Trauerarbeit.“<sup>111</sup>

Facebook beschreibt ein solches Konto im Gedenkzustand mit folgenden Eigenschaften. Neben dem Namen wird „In Erinnerung an“ angezeigt. Weiterhin können ausschließlich zu Lebzeiten bestätigte Freunde Beiträge aus der Chronik teilen. Diese Art von Profil erscheint nicht öffentlich und kann somit nur von diesen vorhandenen Freunden eingesehen werden. Fotos und Beiträge des verstorbenen Nutzers, welche zu Lebzeiten geteilt wurden, bleiben auch nach dem Tod für die entsprechende Nutzergruppe sichtbar. Konten im Gedenkzustand sind des Weiteren nicht mehr bearbeitbar, was ferner bedeutet, dass sich hierbei aus Sicherheitsgründen niemand mehr anmelden kann.<sup>112</sup> Damit trägt Facebook den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung. Weiterhin unterstreicht das Unternehmen dies in seinem Hilfebereich durch folgenden Hinweis: „Bedenke bitte, dass wir keine Anmeldedaten für das Konto einer anderen Person herausgeben dürfen – selbst in einer solchen Situation [Todesfall, d. R.]. Sich bei dem Konto einer anderen Person anzumelden, stellt immer einen Verstoß gegen die Richtlinien von Facebook dar.“<sup>113</sup> Die Bestimmungen zum Datenschutz finden entsprechend Anwendung.

Grundsätzlich stellt Facebook in den USA aber bereits die Möglichkeit bereit, einen sogenannten Nachlasskontakt bereits zu Lebzeiten zu ernennen, was allerdings derzeit in Deutschland noch nicht verfügbar ist.<sup>114</sup> Ab wann dies in Deutschland möglich ist, wurde bis dato von Facebook noch nicht kommuniziert.

Der Nachlasskontakt kann als „Erbe“ Änderungen an der in den Gedenkzustand versetzten Chronik vornehmen (Profilbild, fixierte Chronikbeiträge verfassen etc.).<sup>115</sup> Zu beachten ist, dass diese Entscheidung vor dem Ableben vom Nutzer selbst zu treffen ist. Dem Nachlasskontakt ist es aber nicht möglich, Kommunikationen mit Dritten einzusehen und auch weiter fortzuführen.<sup>116</sup>

---

<sup>109</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 100 f.

<sup>110</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Was passiert im Fall meines Ablebens mit meinem Konto.

<sup>111</sup> Martini, S. 3.

<sup>112</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Warum kann ich mich nicht bei einem Konto im Gedenkzustand anmelden.

<sup>113</sup> Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Wie melde ich einen verstorbenen Nutzer.

<sup>114</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Was ist ein Nachlasskontakt.

<sup>115</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Kann ich einen Teil des Inhalts von einem Konto im Gedenkzustand hinzufügen oder entfernen.

<sup>116</sup> Vgl. Lenke: Sterben 2.0 Nutzerprofile nach dem Tod.

### 7.1.2 Profillöschung

Als zweite Variante neben dem Versetzen des Profils in einen Gedenkzustand, ist es grundlegend möglich, das Benutzerprofil auf Antrag eines Familienangehörigen zu löschen. Facebook selbst beschreibt hierbei ausdrücklich, dass es sich um einen Familienangehörigen handelt, der seine Identität sowie den Tod der Person bestätigen muss.<sup>117</sup> Dazu bietet das Unternehmen ein entsprechendes Kontaktformular<sup>118</sup> (siehe Anlage 1), in welchem neben der Beziehung zum Verstorbenen auch die eigenen Kontaktdaten abgefragt werden. Außerdem muss das ausgefüllte Formular die vermeintlich für Facebook genutzte E-Mail-Adresse sowie den Link zur entsprechenden Chronik enthalten.

Das Unternehmen bittet ferner darum, dass zur Bestätigung der getätigten Daten eine Sterbeurkunde, eine offizielle Vollmacht, eine Geburtsurkunde oder sogar das Testament des Verstorbenen digital an Facebook übermittelt werden.<sup>119</sup> Der Nachweis, dass man selbst ein Familienmitglied des Verstorbenen ist, sollte ebenfalls beigelegt werden, ist aber nach Interpretation kein Muss, sondern liest sich im Gegensatz zum Todesnachweis eher als Aufforderung: „Bitte lege einen Nachweis vor, dass du ein direktes Familienmitglied bist. Du musst ein offizielles Dokument [...] der verstorbenen Person oder den Nachweis einer Behörde hochladen.“<sup>120</sup>

### 7.1.3 Zusammenfassung

Grundlegend ist im Falle eines Facebook-Profiles festzuhalten, dass sich das Unternehmen trotz schwieriger Rechtslage bemüht, das Thema des digitalen Nachlasses entsprechend zu regeln. Prinzipiell wird festgelegt, dass niemand nach dem Tod Zugang zu den privaten Daten und Nachrichten bekommt, was vor allem darin untermauert wird, dass sich auch trotz Gedenkzustand niemand in das Profil einloggen kann. Somit können auch Angehörige, die die Zugangsdaten besitzen, nicht mehr auf das Profil zugreifen.

Mit dem Versetzen eines Kontos in den Gedenkzustand schafft Facebook eine erweiterte Form zur Bewältigung der Trauer und der Bewahrung von Erinnerungen. Prinzipiell bewegt sich das Unternehmen hierbei im Rahmen der beschriebenen Gesetze. Es werden keine Nutzerdaten und etwaige vertraute Kommunikationsabläufe herausgegeben bzw. einsichtbar. Somit erhält niemand Zugriff auf das Konto, es sei denn, der Nutzer fordert dies ausdrücklich mit Hilfe eines Nachlasskontaktes noch zu Lebzeiten. Allerdings sind hierbei die beschriebenen Einschränkungen gegeben.

---

<sup>117</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Wie kann ich die Entfernung des Kontos eines verstorbenen Familienangehörigen beantragen.

<sup>118</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Desktop-Hilfe. Besondere Anfrage bezgl. des Kontos einer verstorbenen Person.

<sup>119</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Wie kann ich die Entfernung des Kontos eines verstorbenen Familienangehörigen beantragen.

<sup>120</sup> Facebook Ireland Limited: Desktop-Hilfe. Besondere Anfrage bezgl. des Kontos einer verstorbenen Person.

Die einzigen Informationen, welche über den verstorbenen Nutzer beim Gedenkzustand noch sichtbar sind, sind solche, die dieser zu Lebzeiten selbst getätigt und ins Netz gestellt hat. Entsprechend wird das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch post mortem hierbei nicht berührt, da diese Chronik-Inhalte von niemanden geändert werden können. Auch ein bestimmter Nachlassverwalter besitzt hierzu keine Befugnis.

Dass die zu Lebzeiten bestätigten Freunde des Nutzers weiterhin an dessen Chronik posten und Inhalte teilen können, ist eine rechtliche Grauzone, da der Nutzer selbst nicht mehr die Möglichkeit besitzt, über diese Inhalte zu verfügen bzw. in der Chronik als nicht sichtbar zu deklarieren.

Zum Versetzen des Nutzer-Accounts in den Gedenkzustand reicht es aus, eine Todesanzeige oder Nachrichtenmeldung an das Unternehmen digital zu übermitteln.<sup>121</sup> Sollte das Konto gelöscht werden, ist ein beglaubigter Nachweis des Todes nötig. Das Löschen des Accounts erfolgt nach Bestätigung durch Facebook analog dem Entfernen zu Lebzeiten, was bedeutet, dass die Daten in der eigenen Chronik unwiderruflich gelöscht werden, geteilte Inhalte von Freunden auf Facebook über den Nutzer selbst allerdings weiterhin sichtbar sind. Ferner gibt Facebook vor, dass das Löschen eines Kontos bis zu 90 Tage in Anspruch nehmen kann.<sup>122</sup>

Egal, wie sich schlussendlich von den Angehörigen entschieden wird, die grundsätzliche Möglichkeit zum Löschen der eigenen Daten auf Facebook besteht und der Datenschutz ist rein rechtlich bewahrt. Digitale Fußspuren können zum großen Teil auf Facebook beseitigt werden, sofern es sich um selbst produzierte Inhalte handelt.

Am einfachsten ist die Löschung des Profils wohl, wenn der Nutzer einen Angehörigen seine Daten im Vorfeld überträgt, z. B. durch Hinterlegung bei einem Notar, und dieser das Profil analog der Löschung zu Lebzeiten entfernt. Hierbei entfallen der umständliche Kommunikationsverkehr mit dem Unternehmen und die offizielle Sendung der Beglaubigungen des Todes des betreffenden Account-Nutzers.

---

<sup>121</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 100.

<sup>122</sup> Vgl. Facebook Ireland Limited: Hilfebereich. Was ist der Unterschied zwischen dem Deaktivieren und dem Löschen meines Kontos, i.V. Brucker-Kley u.a., S.101.

## 7.2 Gmail (Goglemail)

Google ist mit einem Marktanteil von über 91 Prozent die weltweit größte Suchmaschine.<sup>123</sup> Betrieben wird diese vom Unternehmen Google Inc. Neben der Suchfunktion bietet die Firma weitere Dienste wie einen E-Mail-Account (Gmail) oder ein soziales Netzwerk (Google+) an. Diese sind aber an eine Gmail-Adresse gebunden, sodass sich im Folgenden ausschließlich darauf bezogen wird.

Auch die Firma Google beschäftigt sich intensiv mit dem Problem des digitalen Nachlasses. In den Nutzungsbedingungen des Unternehmens finden sich zwar keine Regelungen zum Umgang mit den Konten Verstorbener, wohl aber analog zu Facebook über die Google-Mail-Hilfe.<sup>124</sup>

Hier wird zunächst angerissen, dass es zu Lebzeiten problemlos funktioniert, einen Google-Account zu löschen. Die Firma weist dabei aber ausdrücklich darauf hin, dass hierbei sämtliche von Google betriebene Unterseiten, wie u. a. Google Drive, Google Kalender, Google PlayStore oder auch Abos auf YouTube nicht mehr nutzbar sind.<sup>125</sup>

Entscheidet sich der Nutzer, das Konto zu löschen, ist eine ausdrückliche Regelung über das Verbleiben der Daten nicht geregelt. Der folgende Hinweis, dass das Konto nach einer kurzen Zeitspanne wiederherzustellen geht,<sup>126</sup> lässt allerdings vermuten, dass Google sämtliche Daten auf dem hauseigenen Server sichert. Eine vollständige Löschung des Google-Kontos ist grundsätzlich nur zu Lebzeiten möglich.<sup>127</sup>

Existiert das Google-Konto noch im Todesfall, bietet der Anbieter zwei unterschiedliche Versionen zur Beseitigung des Google-Accounts an.

### 7.2.1 Schließung des Kontos eines verstorbenen Nutzers

Variante eins ist die Schließung eines Google-Kontos durch Angehörige nach dem Ableben des Nutzers. Hierbei weist Google den Leser in seinem Hilfeprogramm darauf hin, dass der Datenschutz und die –sicherheit grundlegend auch nach dem Tod durch die Firma gewährleistet sind.<sup>128</sup> Ferner schließt das Unternehmen auch die Weitergabe von Passwörtern oder Zugriffsdaten an Dritte aus, lässt es aber offen, dass „unter bestimmten Umständen [...] Inhalte aus dem Konto eines verstorbenen Nutzers zur Verfügung [gestellt werden können].“<sup>129</sup>

---

<sup>123</sup> Vgl. Statista GmbH: Statistiken und Studien zu Google.

<sup>124</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 104.

<sup>125</sup> Vgl. Google Inc.: Gmail-Hilfe: Google-Konto löschen.

<sup>126</sup> Vgl. Ebd.

<sup>127</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 104.

<sup>128</sup> Vgl. Google Inc.: Google-Konten-Hilfe: Anfrage bezüglich des Kontos eines verstorbenen Nutzers.

<sup>129</sup> Ebd.

Zur Schließung eines Google-Kontos durch die Angehörigen verlangt Google das Zusenden des vollständigen Namens, der Anschrift, der Kontakt-E-Mail-Adresse, die Kopie eines amtlichen Dokumentes (Personalausweis, Führerschein) mit Foto, die Angabe der Google-Mail-Adresse des Erblassers sowie eine englischsprachige Sterbeurkunde.<sup>130</sup> Sollte die Sterbeurkunde nicht im Englischen verfasst sein, ist eine beglaubigte Übersetzung von Nöten.<sup>131</sup>

Sind die aufgezählten Dokumente und Daten an Google digital über das Kontaktformular übermittelt, werden diese durch das Unternehmen bearbeitet. Eine festgeschriebene Sicherstellung zur Schließung des Kontos gibt Google nicht und schreibt, dass „die Übermittlung einer Anfrage oder der erforderlichen Dokumente nicht sicherstellt, dass Google Ihnen behilflich sein kann. Die Entscheidung darüber, ob eine Anfrage bezüglich eines verstorbenen Nutzers stattgegeben wird, erfolgt stets nur nach einer sorgfältigen Prüfung.“<sup>132</sup>

Im Rahmen der Schließung eines Google-Kontos, besteht für die Hinterbliebenen zunächst grundsätzlich die Möglichkeit, Daten vom Konto des Erblassers einzusehen.<sup>133</sup> Hierzu ist allerdings ein langwieriger zweistufiger Prozess von Notwendigkeit.<sup>134</sup> Zunächst muss der Beantragende eine autorisierte Person, also ein naher Familienangehöriger sein, welcher den Antrag auf Einblick der Daten beim Unternehmen selbst stellt. Dieser muss sich amtlich ausweisen sowie wieder die englischsprachige Sterbeurkunde beilegen.<sup>135</sup> Signalisiert das Unternehmen Bereitschaft, dem Angehörigen Einsicht in die Daten zu gewährleisten, erfolgt der zweite Schritt. Dieser ist rechtsbedeutend. „Wenn wir auf der Grundlage unserer vorläufigen Prüfung fortfahren können, senden wir Ihnen eine weitere Anleitung zum übrigen Verfahren, das die Einholung einer Verfügung eines US-Gerichts beinhaltet.“<sup>136</sup>

## 7.2.2 Kontoinaktivitäts-Manager

Als zweite Möglichkeit, den digitalen Google-Nachlass zu verwalten, bietet es das Unternehmen an, schon zu Lebzeiten über die betreffenden Daten zu entscheiden. Dieser spezielle Service wird von Google bereitgestellt, um die wichtigsten Hinterlassenschaften zu regeln bzw. zu entscheiden, wer Zugriff auf die etwaigen Daten haben soll.<sup>137</sup>

---

<sup>130</sup> Vgl. Google Inc.: Google-Konten-Hilfe: Anfrage bezüglich des Kontos eines verstorbenen Nutzers, i. V. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 104.

<sup>131</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 104.

<sup>132</sup> Google Inc.: Google-Konten-Hilfe: Anfrage bezüglich des Kontos eines verstorbenen Nutzers.

<sup>133</sup> Vgl. Ebd.

<sup>134</sup> Vgl. Ebd. i. V. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 104.

<sup>135</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 104.

<sup>136</sup> Google Inc.: Google-Konten-Hilfe: Anfrage bezüglich des Kontos eines verstorbenen Nutzers.

<sup>137</sup> Vgl. Lenke: Sterben 2.0 Nutzerprofile nach dem Tod.

Der Inaktivitätsmanager spricht zunächst grundlegend nicht vom Todesfall, sondern davon, was mit den Daten geschehen soll, wenn der Account in einem bestimmten, vorher festgelegten Zeitraum nicht mehr genutzt wird.<sup>138</sup>

Als Nutzer selbst wird man hierbei von Google entsprechend in die Verantwortung genommen, was mit dem Konto passiert und wer, falls nötig, benachrichtigt werden soll. Dabei bietet das Unternehmen seinen Nutzern grundlegend zwei Möglichkeiten an.<sup>139</sup> Einerseits kann Google angewiesen werden, bei Inaktivität das Konto im Namen des Nutzers zu löschen, andererseits besteht die Variante, bis zu zehn vertrauenswürdige Kontakte über die Inaktivität zu informieren und sogar Inhalte mit diesen zu teilen.<sup>140</sup> Wichtig dabei ist aber, dass diese Angaben vom Nutzer selbst – mit Einloggen in den Account – vorgenommen werden und ein Inaktivitätszeitraum definiert wird. Vor Ablauf dieses Zeitraums und den daraus folgenden automatischen festgelegten Schritten, wird der Nutzer noch einmal per SMS oder optional per E-Mail benachrichtigt, dass sein Konto über längere Zeit inaktiv war.<sup>141</sup> Bleibt eine weitere Reaktion aus, folgen die durch den Nutzer festgelegten Schritte.

### 7.2.3 Zusammenfassung

Die Firma Google erkennt zwar das Problem des digitalen Nachlasses, hält sich aber zur Umsetzung dieses in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Nutzungsbedingungen) grundlegend bedeckt. In der Hilfe-Funktion aufgelistete Anleitungen zum Verfahren im Todesfall durch Angehörige wirken nur auf den ersten Blick als eine einfache Lösung. Eine Garantie zur Löschung der Daten bzw. zum Schließen des Kontos gibt das Unternehmen als solches nicht.

Da das Löschen eines Google-Kontos grundsätzlich nur zu Lebzeiten möglich ist, bleiben die sämtlichen Daten nach dem Tod zunächst bei Google gespeichert. Dies entspricht auch den gesetzlichen Rahmenbedingungen, dass Kommunikationsinhalte nach den vorgegeben Gesetzen nicht an Dritte veräußert werden. Dass Google den Angehörigen die Möglichkeit einräumt, Einblick in die Daten Verstorbener zu erhalten, ist eine rechtliche Grauzone, da das Unternehmen die Einsicht nicht definitiv garantiert und durch ein oberes Gericht in den Vereinigten Staaten prüfen lässt. Inwiefern dieses Gericht dann hierzu im Sinne des Erben entscheidet, lässt Google natürlich offen. Ferner ist dieser gerichtliche Ablauf mit einem hohen Aufwand und offenem Ergebnis verbunden.

Gleichwohl der Inaktivitätsmanager nicht in beschriebener Form auf den Todesfall ausgelegt ist, sorgt Google hierbei dahingehend vor. Rechtlich ist das Unternehmen dabei abgesichert, da die geheimen Daten nicht durch Google selbst, sondern durch den jeweiligen Nutzer weitergegeben werde. Die Firma Google sieht sich interpretativ eher

---

<sup>138</sup> Vgl. Google Inc.: Google Konten-Hilfe: Über den Kontoinaktivitäts-Manager.

<sup>139</sup> Vgl. Ebd.

<sup>140</sup> Vgl. Ebd.

<sup>141</sup> Vgl. Ebd.



als Dienstleister, welcher hierbei den Willen seines Kunden (Datenübergabe an Dritte oder Löschung des Kontos) ausführt. Da der Inaktivitätsmanager nur aktiv werden kann, wenn dieser zu Lebzeiten aktiviert wurde, sind hierbei auch die gesetzlichen Regelungen zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und entsprechend auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewährleistet. Die Entscheidung, welche Inhalte veröffentlicht oder gelöscht werden, liegt beim Nutzer selbst.

Der Inaktivitätsmanager erleichtert den Angehörigen problemlos den Umgang mit den Daten des Verstorbenen, vorausgesetzt, der Erblasser hat zu Lebzeiten entsprechend vorgesorgt. Grundsätzlich ist diese Variante empfehlenswert. Sie dient vergleichsweise als digitales Testament und regelt die Übertragung bzw. Löschung der Daten. Der Nutzer ist hierbei auf jeden Fall in Sicherheit darüber, inwiefern seine privaten Hinterlassenschaften bei Google verarbeitet werden.

#### 7.2.4 YouTube

YouTube ist ein Videoportal auf dem Nutzer kostenfrei Videos und Filme sichten, benoten sowie selbst ins Netz stellen können. Für die Nutzung der Videoplattform ist ein Google-Account eine zwingende Voraussetzung. Entsprechend ist diese Plattform an das Unternehmen Google Inc. angeschlossen (siehe auch 7.2), welcher somit als Betreiber fungiert.<sup>142</sup>

Da weder in den Nutzungsbedingungen, noch auf einer angelegten Hilfeseite der Plattform spezifische Regelungen YouTube betreffend dargestellt sind, ist zu vermuten, dass der Umgang mit hinterlassenen Daten gleich dem eines Google-Kontos gehandhabt wird.<sup>143</sup>

Entsprechend besteht hierbei auch nur zu Lebzeiten die Möglichkeit, das YouTube-Konto oder darauf befindliche Videos zu löschen. Verfährt der Nutzer bzw. die Familienangehörigen entsprechend der in 7.2.1 und 7.2.2 beschriebenen Vorgehensweisen, bleibt das Nutzerkonto im Falle einer Schließung oder Inaktivität weiterhin vorhanden, da „Google [...] keine ruhenden oder inaktiven Konten [löscht].“<sup>144</sup>

Insofern kein Zugriff auf den Account durch Weitergabe der Passwörter an Familienangehörige (Hinterlegung oder Inaktivitätsmanager) erfolgt, können Videos weiterhin für die Nachwelt greifbar sein. Ist dies nicht gewünscht, muss der Account-Status von „public“ (öffentlich) auf „privat“ (privat) geändert werden. Allerdings kann dies ausschließlich durch Zugriff auf den Account erfolgen.<sup>145</sup>

Somit muss auch bei YouTube schon zu Lebzeiten vorgesorgt werden, wenn man seine digitalen Fußspuren der Nachwelt vorenthalten will.

---

<sup>142</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 106.

<sup>143</sup> Vgl. Ebd.

<sup>144</sup> Ebd.

<sup>145</sup> Vgl. Ebd.



## 7.3 PayPal

Gegensätzlich zu den bisher beschriebenen Diensteanbietern, wird der Bankendienst Pay Pal in die vertragsrechtliche bzw. vermögensrechtliche Komponente eingeordnet. Mit dem Eröffnen eines PayPal-Accounts schließt der Nutzer mit dem Anbieter einen Vertrag und gibt dem Anbieter einen gewissen Vermögens-Betrag frei, welcher dem Nutzer frei zur Verfügung steht. Den Status als Bank besitzt das Unternehmen PayPal seit Juli 2007.<sup>146</sup> PayPal als Unternehmen gehört zum Großkonzern Ebay Inc. (in welcher auch Ebay an sich integriert ist), für das es als Partner und gängige Zahlungsmethode eingesetzt ist. Ferner ist es allerdings möglich, mit PayPal auch Zahlungsgeschäfte außerhalb von Ebay zu bewerkstelligen. Ab der zweiten Jahreshälfte 2015 trennt sich PayPal von der Ebay Inc-Unternehmensgruppe und tritt als selbstständiges Unternehmen nach außen auf, was es allerdings auch bereits im Rahmen der Unternehmensgruppe war. Sinn und Zweck dieser neuen Konstellation ist laut PayPal, dass sich für beide Firmen neue Marktchancen und Partnerschaften ergeben. Auf die Zusammenarbeit mit Ebay hat dies keinen Einfluss.<sup>147</sup>

Der Besitz der Banklizenz untermauert, dass es sich bei Geschäften auf PayPal um vermögenswerte Rechtsgeschäfte handelt, welche laut Definition in 2.1 grundsätzlich vererbbar sind und laut gültigem Erbrecht des § 1922 des Bürgerlichen Gesetzbuches als Gesamtes auf den Rechtsnachfolger übergehen.

Doch obwohl rein rechtlich das normal gültige Erbrecht greift, finden sich in den vorhandenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank keine Regelungen explizit hierzu. Definiert ist allerdings in Punkt 14.11 der PayPal-Nutzungsbedingungen, dass ein Account bzw. bestimmte Handlungen innerhalb des Accounts auf Dritte übertragen werden können.<sup>148</sup>

Diese Klausel eröffnet es dem Nutzer, zumindest bereits zu Lebzeiten seinen Erben als „Dritten“ im Account zu hinterlegen. Allerdings stellt die Firma ferner fest, dass man als Nutzer selbst für die Handlungen Dritter im Account haftet.<sup>149</sup>

Da aber der Rechtsnachfolger nach dem Ableben des Erblassers nach dem Gesetz die volle Verfügung über das Vermögen besitzt, haftet dieser dann rechtlich für sich selbst bzw. im letzten Willen des Verstorbenen. Diese Methode der Hinterlegung Dritter noch zu Lebzeiten ist gesetzlich entsprechend untermauert und stellt nach Interpretation eine Lücke in den eigentlichen PayPal-Aussagen zum Vorgehen im Todesfall dar.

In der PayPal-Hilfe befindet sich eine Beschreibung für das Vorgehen im Todesfall, in denen festgeschrieben ist, dass Angehörige grundsätzlich keinen Zugriff auf den Account

---

<sup>146</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 112.

<sup>147</sup> Vgl. PayPal (Europe): PayPal-Ebay-Update: Neue Informationen für unsere Kunden.

<sup>148</sup> Vgl. PayPal (Europe): PayPal-Nutzungsbedingungen, 14.11.

<sup>149</sup> Vgl. Ebd.

erhalten.<sup>150</sup> Das Unternehmen beschreibt aber, dass das Konto von den Angehörigen nach Vorlage der Todesurkunde, einer Kopie des Testaments, eine Kopie eines rechtsgültigen Personaldokumentes des Erben sowie ein Anschreiben inklusive Todesmitteilung sowie der Bitte zur Schließung des Accounts geschlossen werden kann.<sup>151</sup> Nach sorgfältiger Prüfung durch PayPal selbst, wird das Konto geschlossen und das verbleibende Guthaben ausgezahlt, da es sich um erbrechtlich relevantes Vermögen handelt.<sup>152</sup>

Wichtig hierbei ist der Zusatz, dass das Konto ausschließlich geschlossen wird. Dies bedeutet, dass hinterlegte persönliche Daten beim Anbieter selbst verbleiben und ausschließlich der Zugriff auf das Konto erlischt sowie das darauf befindliche Guthaben an den Erben übertragen wird. Laut PayPal soll „dies betrügerische Absichten durch Schließen und Neueröffnen von Konten unterbinden.“<sup>153</sup> Zu Lebzeiten oder wenn Angehörige die Zugriffsdaten bzw. die Ermächtigung als Dritte haben, ist es immer möglich, das Konto endgültig zu löschen.

Ferner steht in den PayPal-Nutzungsbedingungen Punkt 7.3, dass das Konto bei einer Inaktivität von mindestens drei Jahren vom Unternehmen selbst geschlossen wird. Eventuell noch vorhandenes Guthaben auf dem Konto wird an die im Profil hinterlegten Bankdaten überwiesen.<sup>154</sup> Dies bedeutet, dass das Konto, wenn es nach dem Tod des Nutzers inaktiv bleibt und von den rechtlichen Nachfolgern unentdeckt bzw. vom Erben im Testament unerwähnt bleibt, nach drei Jahren durch das Unternehmen geschlossen wird. Allerdings stellt sich hierbei die offene Frage, was mit dem Guthaben passiert, wenn auch das an PayPal angeschlossene Bankkonto nicht mehr existiert.

## 7.4 Strato AG

Die STRATO AG ist ein international agierender Homepage-Anbieter im World Wide Web, welcher sich seit 1997 auf Homepages für Privatanwender spezialisiert hat. Dabei vergibt STRATO Domainnamen und stellt den Server sowie einen „Homepage-Baukasten“ für die Nutzer zur Verfügung.

Entsprechend der Komponenten des digitalen Nachlasses lässt sich diese Firma in die vermögens- bzw. vertragsrechtliche Betrachtungsweise einordnen.

Trotz sich der daraus ergebenden grundlegend einfachen Ablauffolge im Todesfall, hält sich der Anbieter in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen hierzu komplett bedeckt. In Punkt 11 der Vertragsvoraussetzungen spricht die STRATO AG ausschließlich von einer Kündigung zu Lebzeiten in Schriftform und Einhaltung einer einmonatigen

---

<sup>150</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S.112.

<sup>151</sup> Vgl. Ebd.

<sup>152</sup> Vgl. Ebd.

<sup>153</sup> Ebd. S. 113.

<sup>154</sup> Vgl. PayPal (Europe): PayPal-Nutzungsbedingungen, 7.3.

Kündigungsfrist.<sup>155</sup> Zusätzlich wird in Punkt 11.3 darauf hingewiesen, dass die Kündigung des Domainnamens (von STRATO als Zwischenhändler an den Kunden vergeben) einer extra Unterschrift des Domaininhabers bedarf.<sup>156</sup> Sollte die Domain als solche nicht explizit gekündigt werden, behält sich der Betreiber vor, den Domainnamen an die betreffende Vergabestelle zurückzugeben<sup>157</sup>, was bedeutet, dass eine nicht mehr gewünschte Domain eines Kunden wiederum an einen neuen Nutzer vergeben wird und somit beim Konsumenten für Verwirrung sorgen kann, falls unter altem Namen neue Inhalte im World Wide Web auftauchen.

In einer weiteren Klausel der Allgemeinen Geschäftsbedingungen ist in Punkt 4.1 verankert, dass es dem Nutzer nicht erlaubt ist, Dritten Nutzungsrechte jedweder Art einzuräumen.<sup>158</sup> Wie bereits in dieser Arbeit thematisiert, fallen unter „Dritten“ ebenso Erben, welcher allerdings nach dem Gesetz die gültige Rechtsnachfolge besitzen.

Interpretationsweise schließt die STRATO AG somit eine Weiterführung der Homepage bzw. der Domain durch die rechtlichen Erben im Namen des Nutzers grundlegend aus. Untermauert wird dies im Hilfe-Bereich des Anbieters. Hierbei legt das Unternehmen fest, dass bei Zusenden einer Sterbeurkunde als Fax oder Kopie das Vertragsverhältnis zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden kann.<sup>159</sup> Somit ermöglicht es STRATO dem Erben, die Homepage-Inhalte sowie den Domain-Namen entfernen zu lassen.

Solche Internetverträge sind laut § 1922 des Bürgerlichen Gesetzbuches als Vermögen zu betrachten und gehen entsprechend der rechtlichen Norm in vollem Umfang auf den Rechtsnachfolger über. Dieser gesetzlichen Regelung zugrunde liegend bietet die STRATO AG des Weiteren im Hilfe-Bereich an, dass die Domain im Falle des Ablebens auf eine andere Person übertragen werden kann.<sup>160</sup>

Dem Erben stehen somit zwei Varianten offen. Neben dem Löschen der Homepage-Inhalte und der Domain mit einer Kopie der Todesurkunde, besteht weiterhin die Möglichkeit, den Domainnamen überschreiben zu lassen. Hierzu ist allerdings das Einverständnis des bisherigen Nutzers bzw. nun des Rechtsnachfolgers notwendig. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben muss dies im Voraus im letzten Willen des Erblassers geregelt sein. Sollte der Verstorbene dies in seinem Vermächtnis nicht ausdrücklich geregelt haben, an wen die Domain übertragen werden soll, bleibt ausschließlich die Variante des Löschens der vorhandenen Inhalte.

---

<sup>155</sup> Vgl. STRATO AG: Allgemeine Geschäftsbedingungen, 11.

<sup>156</sup> Vgl. Ebd., 11.3.

<sup>157</sup> Vgl. Ebd.

<sup>158</sup> Vgl. Ebd., 4.1.

<sup>159</sup> Vgl. STRATO AG: Hilfe & Kontakt.

<sup>160</sup> Vgl. Ebd.

## 7.5 Weitere Anbieter

Die bis hierhin beschriebenen Diensteanbieter halten sich zu großen Teilen an die gesetzlichen Vorgaben. Sie schreiben keine eindeutige Verfahrensweise in den jeweiligen Allgemeinen Geschäftsbedingungen fest, sodass diese keine Teilnichtigkeit nach § 306 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erhalten. Die Regelungen sind ausschließlich in etwaigen Hilfsportalen, welche durch die Anbieter betrieben werden, festgeschrieben.

In den beschriebenen Fällen wird den Erben kein Zugang durch den Betreiber zum Account verschafft, es sei denn der Nutzer wünscht dies ausdrücklich noch zu Lebzeiten (Google – Inaktivitätsmanager).

Andere Diensteanbieter verfahren damit anders. So erhalten Angehörige z. B. bei einem GMX- oder Web.de-E-Mail-Account gegen die Vorlage des Erbscheins die Zugangsdaten zum gewünschten Account.<sup>161</sup> Dies ist zwar nicht in den jeweiligen Allgemeinen Geschäftsbedingungen festgeschrieben, aber von den Betreibern bestätigt wurden.<sup>162</sup> Das verstößt grundsätzlich gegen die gesetzlichen Richtlinien des Fernmeldegeheimnisses und könnte gegen die Betreiber rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen (siehe 5.4.2). Andererseits gilt hier wohl die Floskel „Wo kein Kläger, da kein Richter“.

Ferner dessen gibt es weitere Marktanbieter wie Twitter oder Yahoo Deutschland, welche den Account nach längerer Inaktivität löschen.<sup>163</sup> Twitter schreibt in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht ausdrücklich, dass das Vertragsverhältnis mit dem Tod endet, stellt aber dar, dass Konten automatisch deaktiviert bzw. gelöscht werden, so diese über ein halbes Jahr Inaktivität erfahren.<sup>164</sup> Interpretationsweise schließt ein mögliches menschliches Ableben eine solche Inaktivität ein.

Yahoo Deutschland geht in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen noch einen Schritt weiter. In Punkt 5.4 heißt es: „Ein Account ist nicht übertragbar und alle Rechte an dem Account und den gespeicherten Inhalten erlöschen mit dem Tod des Nutzers.“<sup>165</sup> Untermauert wird dies in Punkt 14.7 der genannten Bedingungen, in welcher das Unternehmen beschreibt, dass es sich vorbehält, den Account nach einer Inaktivität von einem Jahr zu löschen.<sup>166</sup> Weiterhin haben die rechtlichen Erben die Möglichkeit, in Form eines Sterbebeleges, den Account löschen zu lassen. Einsicht erhalten sie allerdings nicht.<sup>167</sup>

---

<sup>161</sup> Vgl. Martni, S. 2 i. V. Anders, Anlage 3.

<sup>162</sup> Vgl. Ebd.

<sup>163</sup> Vgl. Ebd.

<sup>164</sup> Vgl. Twitter, Inc.: Allgemeine Geschäftsbedingungen.

<sup>165</sup> Yahoo! EMEA Limited: Yahoo Allgemeine Geschäftsbedingungen, 5.4.

<sup>166</sup> Vgl. Ebd, 14.7.

<sup>167</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 108.

Problematisch ist bei Yahoo Deutschland noch das an das Unternehmen angegliederte Foto-Portal Flickr. Wird von den Erben gewünscht, dass der betreffende Flickr-Account erhalten wird, ist dies möglich, da die Angehörigen im Falle einer Löschung explizit einen Totenschein vorweisen müssten.<sup>168</sup> Allerdings besitzen die Erben anschließend laut Flickr/Yahoo keinerlei Rechte an den Fotos oder dem Konto, da diese mit dem Tod des eigentlichen Nutzers enden.<sup>169</sup>

Dies ist gesetzlich nur schwierig zu untermauern. Sollten auf dem Flickr-Account Fotos gespeichert sein, welche unter das Urhebergesetz (siehe 5.2) fallen, würde das Urheberrecht gleichwohl auf die Angehörigen übergehen, welche anschließend ein Recht am Bild und dessen weiterer Verwertung besitzen.

---

<sup>168</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 108.

<sup>169</sup> Vgl. Ebd.

## 8 Lösungsansätze zur Regelung des digitalen Nachlasses

Nach der Gesamtbetrachtung des Themas ist festzustellen, dass sich zur Regelung des digitalen Nachlasses eines verstorbenen Familienangehörigen nahezu unlösbare Probleme ergeben. Eine entsprechende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts oder ein explizites Gesetz liegen bis dato noch nicht vor.

Jedweder Testamentsvollstrecker bzw. der rechtliche Erbe muss zunächst nach dem Gesetz die beschriebenen Komponenten (vermögens- und urheberrechtlich/persönlichkeitsrechtlich) betrachten und sich entsprechend der gültigen Gesetze auf einen schwierigen Weg begeben.

Der Gesetzgeber zeigt zwar in Kombination verschiedener Gesetze Möglichkeiten zur Regelung auf, doch bedeuten diese grundsätzlich, dass Dritte digitale Daten aufgrund des postmortalen Persönlichkeitsschutzes nicht einsehen können. Entgegengesetzt dazu ist es für den Rechtsnachfolger auch schwierig, Vermögen nach dem gültigen Erbrecht des § 1922 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf sich übertragen zu lassen, da in der Praxis der Plattformanbieter ein großer Aufwand entsteht.

Doch abgesehen von den rechtlichen Rahmenbedingungen besteht zunächst die Problematik, sämtliche digitalen Fußspuren im Internet zu erfassen, um anschließend überhaupt die Möglichkeit zu haben, diese zu beseitigen.

Der Verlust der Kontrolle über sämtliche Daten und deren ins Unermessliche gehende Streuung beginnen bereits zu Lebzeiten. Kaum ein Internetnutzer wird von sich heutzutage behaupten können, zu wissen, welche Fußspuren er vor zehn Jahren angelegt hat, da zu dieser Nachlassverwaltung prinzipiell jede Forum-Anmeldung, jede Anmeldung bei einem Online-Versandhaus und grundlegend jeder Gästebucheintrag zählt.

### 8.1 Vorsorge zu Lebzeiten

Die Aktualität des Themas betreffend, ist es für die heutigen Internetnutzer ratsam, bereits während ihrer Internetaktivitäten zu Lebzeiten konkrete Maßnahmen zur Vorsorge zu treffen. Dies setzt grundlegend aber eine Auseinandersetzung mit dem Thema voraus, welche in Deutschland bis jetzt noch nicht in umfassender Form durchgeführt wurde.

Zum einen bestätigt dies die wenige Literatur, welche zu diesem Thema verfügbar ist, zum anderen lässt sich aus der durchgeführten Stichprobenbefragung (siehe 9) ein Nichtwissen über die Problematik ableiten.

In der deutschen Wissenschaft wurde sich noch nicht grundlegend mit dem Thema befasst, dies ist aber zuallererst die Voraussetzung dafür, dass die Internetnutzer bereits zu Lebzeiten damit sensibilisiert werden können. Ohne eine fundierte wissenschaftliche Analyse der Problematik des digitalen Nachlasses erfolgt keine Verbreitung in den Medien, welche über das Thema fachlich richtig informieren können.

Entsprechend bedarf es der prämortalen Auseinandersetzung mit dem Thema, einerseits aus eigener Sicht zur Vorsorge, andererseits aus Angehörigensicht. In der Rolle des Erblassers befindet sich jeder Internetnutzer. Allerdings kann jeder zu jeder Zeit ebenso in den Part des Angehörigen versetzt werden, welcher sich um die (digitale) Nachlassplanung eines Verstorbenen zu kümmern hat.

### 8.1.1 Vorsorge nach klassischem Erbrecht

Aus den im Verlaufe der Arbeit erbrachten Erkenntnissen, ist es zuerst notwendig, entsprechende Formalitäten für den Todesfall zu treffen. Hierzu zählen zunächst sämtliche erbrechtlich relevanten Internetdaten, welche formgültig in einem Testament hinterlegt sein sollten.<sup>170</sup> Denn nur durch Kenntnis über das Vorhandensein der Konten bzw. der Verträge, welche nach dem klassischen Erbrecht behandelt werden, ist es möglich, diese entfernen oder weiterführen zu lassen.

Ferner sollte im Testament der genaue letzte Wille über die Verfahrensweise mit den betreffenden vererbbaaren Komponenten niedergeschrieben sein. Hierzu kann der Erblasser eine speziell beauftragte Person (Testamentsvollstrecker) explizit benennen. Nach dem Gesetz ist es aber auch möglich, dazu ebenso jede natürliche Person einzusetzen, die dem letzten Willen des Erben zu folgen hat.<sup>171</sup> Wichtig ist eine klare Regelung im Testament.

Das Testament als solches hat den gewichtigen Vorteil, dass sich der Erblasser über die urheber- sowie vermögens- und vertragsrechtlichen Komponenten seiner Hinterlassenschaft in Sicherheit über seinen letzten Willen fühlen kann, sofern das Testament den laut des Bürgerlichen Gesetzbuches notwendigen Formerfordernissen entspricht<sup>172</sup> oder von einem Notar rechtsgültig beglaubigt wurde.<sup>173</sup>

Des Weiteren kann ein Testament das Vorgehen gegenüber dem Diensteanbieter leichter gestalten, als wenn nur eine Sterbeurkunde vorliegen würde. Nichtsdestotrotz erweist sich die Umsetzung der erbrechtlich relevanten Komponenten des digitalen Nachlasses auch mit gültigem Testament in der Praxis als hürdenreich. Natürlich wird u. a. von PayPal das Guthaben auf dem Konto des Verstorbenen schlussendlich ausgezahlt, dennoch ist hierfür ein hoher Aufwand sowohl für den Erben/ Testamentsvollstrecker als auch für das Unternehmen an sich von Nöten, um die

---

<sup>170</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 71.

<sup>171</sup> Vgl. Berens, Engel: Wirtschaftsgesetze für Bachelor, § 2197 BGB i.V. § 2203 BGB, S. 428 f.

<sup>172</sup> Vgl. Ebd, § 2247 BGB, S. 433.

<sup>173</sup> Vgl. Ebd, § 2232 BGB, S. 432 f.

Identität des Verstorbenen sowie des Rechtsnachfolgers bzw. Bevollmächtigten rechtlich einwandfrei nachzuweisen und Missbrauch mit den Daten des Verstorbenen zu verhindern.

### 8.1.2 Vorsorge nach persönlichkeitsrechtlichem Aspekt

Noch schwieriger verhält es sich mit den persönlichkeitsrelevanten Daten. Hierzu erhalten die Angehörigen weder nach dem Gesetz bzw. einem gültigen Rechtsanspruch noch nach der Praxis der gängigen Diensteanbieter Zugriff auf die Daten und Passwörter Verstorbener.

Aufgrund dieser Konstellationen rät die Bundesverbraucherzentrale, schon zu Lebzeiten Vertrauenspersonen für die digitale Nachlassverwaltung zu benennen. Dazu soll in Kooperation mit der Vertrauensperson das entsprechend gültige Passwort bzw. die Nutzerdaten dokumentiert und sicher hinterlegt werden, um nach Ableben einen reibungslosen Ablauf der Löschung der Daten zu gewährleisten.<sup>174</sup> Dafür hat die Bundesverbraucherzentrale eine Website eingerichtet, um über die digitale Nachlassplanung zu informieren. Unter [www.machts-gut.de](http://www.machts-gut.de) können sich Internetnutzer einen ersten groben Überblick zur persönlichkeitsrechtlichen Problematik verschaffen. Die Bundesverbraucherzentrale gibt Hilfestellungen und erklärt in Kurzform die Praktiken der gängigsten Plattformanbieter.<sup>175</sup>

Da rein rechtlich keinerlei Möglichkeit besteht, an digitale Daten des Verstorbenen zu gelangen, erweist sich diese unkomplizierte Methode der Hinterlegung von Passwörtern an Vertrauenspersonen als praxisnah und sinnvoll. Problematisch ist hierbei allerdings, dass die Angehörigen bereits zu Lebzeiten Zugriff auf die persönlichen Daten haben. Außerdem könnten die Passwörter in falsche Hände gelangen und somit mit ihnen Missbrauch betrieben werden. Des Weiteren ist es möglich, dass Passwörter vom Nutzer selbst geändert und anschließend nicht sofort an die Vertrauensperson kommuniziert werden.

Ferner besteht die unkonventionelle Möglichkeit, im Rahmen der Computernutzung seine Passwörter zentral in einer Datenbank zu hinterlegen und mit einem Masterpasswort zu schützen. „Password Safe“ nennt sich eine dieser Datenbanken, welche u. a. von [www.chip.de](http://www.chip.de), einem der gängigsten Download-Portale für legale und kostenfreie Computersoftware angeboten wird.<sup>176</sup> Sofern dieser zu Lebzeiten gut gepflegt wird, sind die Passwörter hierbei stets aktuell. Allerdings besteht weiterhin die Problematik, dass das Masterpasswort den Angehörigen nicht bekannt ist, was wiederum die Einweihung einer Vertrauensperson bzw. der Nennung dieses Masterpasswortes im Testament impliziert.

---

<sup>174</sup> Vgl. Aversch, Das problematische Erbe, i. V. Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.: Checkliste. Tipps: So regelst du deinen digitalen Nachlass.

<sup>175</sup> Vgl. Ebd.

<sup>176</sup> Vgl. CHIP Digital GmbH: Download. Password Safe.



Dieses Grundprinzip hinterlegter Zugangsdaten und Passwörter auf einer Online-Datenbank (Cloud) haben sich digitale Vererbungsdienste zugrunde gelegt.

### 8.1.3 Digitale Vererbungsdienste

In Folge der unklaren rechtlichen Situation und den Problemen der meisten User mit der Verwaltung des Erbes im Web2.0, haben sich im letzten Jahrzehnt Geschäftsmodelle entwickelt, die die Verwaltung des digitalen Nachlasses für den Internetnutzer planen. Diese sind als eingetragene Firmen und somit als juristische Person im Sinne des Gesetzes (siehe 2.3) zu betrachten.

Dabei verlangen diese Unternehmen gegen eine Jahresgebühr die Zugriffsdaten für betreffende Accounts des Nutzers, formulierte Anordnungen und Wünsche, wie nach dem Ableben mit den Konten umzugehen ist sowie eine explizit mit Kontaktdaten genannte Vertrauensperson, die den Todesfall des Angehörigen an den Anbieter meldet.<sup>177</sup>

Insgesamt 55 international agierende Dienste sind auf der Internetseite „The Digital Beyond“ aufgelistet sowie kurz mit deren Funktionsweise beschrieben.<sup>178</sup> 21 dieser Dienste wurden nach 2013 gegründet, der älteste stammt von 1993.<sup>179</sup> Die Tatsache, dass mit 21 mehr als ein Drittel dieser Dienste in den letzten beiden Jahren firmiert wurden, zeigt, dass die Verwaltung des digitalen Nachlasses anscheinend ein funktionierendes Geschäftsmodell geworden ist.

Entsprechend sind all diese digitalen Vererbungsdienste als eine Art Testamentsvollstrecker zu betrachten. Voraussetzung hierfür ist wiederum, dass die Anordnung an eine Vertrauensperson, dem Online-Dienst schlussendlich den Tod des Nutzers nachzuweisen, im Testament bzw. letzten Willen zu erfolgen hat.

Neben der Vollstreckung des Testaments bzw. der letzten Wünsche, die dem Anbieter digital mitgeteilt wurden, kann der Vererbungsdienst ebenfalls dazu genutzt werden, um sämtliche Zugangsdaten online an einem zentralen Ort zu hinterlegen. Dies ist zwar nicht im eigentlichen Zweck der Online-Dienste, ermöglicht es dem Erben aber durch Kenntnis der Zugangsdaten relevante Passwörter einzusehen und entsprechend Zugriff auf die Accounts des Verstorbenen zu erhalten.

Vorteil der Verwendung eines solchen Dienstes in seinem Zweck als Testamentsvollstrecker ist zunächst das bestehende Know-How eines solchen Anbieters, der in der digitalen Nachlassplanung und dessen Verwaltung fundierte Erfahrungen gemacht hat, zu nutzen. Somit muss der Erbe sich nicht erst die Kenntnisse zum Umgang mit den unterschiedlichsten Online-Diensteanbietern aneignen.

---

<sup>177</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 74.

<sup>178</sup> Vgl. Carroll; Romano: Digital Death and Afterlife Online Services List.

<sup>179</sup> Vgl. Ebd.

Mit dem Einschalten dieser Vererbungsdienste werden die natürlichen Erben entlastet. Ferner kann durch den Erblasser im Vorfeld eine geordnete und vollständige Form der Nachlassplanung unabhängig einer Offenlegung der Zugangsdaten an Familienangehörige vorgenommen werden. Ebenso ist es als Vorteil anzusehen, dass die sensiblen Daten in den betreffenden Accounts vom Anbieter zentral gelöscht werden. Familienmitglieder erhalten entsprechend keine Einsicht in die Inhalte, welche zu Lebzeiten geheim gehalten wurden (und es auch nach dem Ableben bleiben sollen).<sup>180</sup> Ein plakatives Beispiel hierfür ist eine jahrelang heimlich geführte Affäre, welche nach dem Tod des Internetnutzers und bei Weitergabe der Daten an Familienangehörige das zu Lebzeiten geschaffene Bild des Verstorbenen beeinträchtigen würde. Dies ist im Sinne des postmortalen Persönlichkeitsschutzes.

Aber die Verwendung eines solchen Vererbungsdienstes hat ebenso zahlreiche negative Facetten. Die erste ist, dass bei einer juristischen Person zu jeder Zeit die Gefahr einer Insolvenz des Unternehmens besteht und somit keine Garantie gegeben ist, dass die Daten bis zum Tod des Nutzers dort hinterlegt sind. Der Willensdienst muss weiterhin zu Lebzeiten ständig mit Passwörtern aktualisiert werden, das heißt, dass geänderte und neue Passwörter zur umfassenden Verwaltung des digitalen Nachlasses berücksichtigt werden müssen. Hierbei besteht allerdings die in Punkt 8 beschriebene Problematik, dass wohl niemand den kompletten Überblick über seine digitalen Fußspuren besitzt. Außerdem besteht ein rechtliches Problem bei der Formulierung von Wünschen, was mit den jeweiligen Accounts passieren soll, da diese nicht den Formerfordernissen eines Testaments nach Bürgerlichem Gesetzbuch entspricht.<sup>181</sup>

Ferner kann eine solche Online-Datenbank jederzeit Opfer eines Hacker-Angriffs werden. Daraus folgend besteht ein Sicherheitsrisiko für die dem Dienst anvertrauten Zugangsdaten. Natürlich bewerben die Unternehmen ihre Dienstleistungen als sicher und vertrauenswürdig, allerdings rät die Bundesverbraucherzentrale dazu, jedwede Vererbungsdienste, vor allem aus Sicherheitsgründen, nicht zur Verwaltung des digitalen Nachlasses einzusetzen: „Keine gute Idee: Passwörter gegen eine Gebühr Unternehmen anzuvertrauen, die sie im Ernstfall an Angehörige weitergeben. Die Sicherheit solcher Unternehmen ist schwer einzuschätzen, zumal die Daten in der Regel in einer Cloud hinterlegt werden. Hier gilt die oberste Maxime im digitalen Leben: Behalte deine Passwörter für dich, um dich vor Diebstahl und Betrug zu schützen!“<sup>182</sup>

---

<sup>180</sup> Vgl. Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 72.

<sup>181</sup> Vgl. Ebd.

<sup>182</sup> Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.: Checkliste. Tipps: So regelst du deinen digitalen Nachlass.

## 8.2 Zusammenfassung

„Maßnahmen, die zu Lebzeiten im digitalen Alltag [getroffen wurden,] helfen Transparenz und Herrschaft über die im Internet gespeicherten Daten aufrecht zu erhalten, ohne den Aspekt der ‚Vererbung‘ zu adressieren.“<sup>183</sup>

Dies verdeutlicht, dass eine prämortale Vorsorge dringend notwendig ist, so man seinen Angehörigen nach dem eigenen Ableben neben der Trauerarbeit keinen zu hohen Aufwand für die Bewältigung des digitalen Nachlasses verschaffen will. Dass sich nach dem Tod zweifellos mit der Problematik beschäftigt werden muss, ist nahezu unumgänglich. Die Frage ist, wie mit den Passwörtern bereits zu Lebzeiten umgegangen wird bzw. wie diese sortiert werden.

Eine allumfassende Lösung zur Regelung der Thematik gibt es, auch bedingt durch keine gültige Rechtsprechung, derzeit noch nicht. Allerdings kann in Kombination der verschiedenen Lösungsansätze eine unverbindliche Handhabung erstellt werden.

Zuerst liegt die grundlegende Entscheidung beim Nutzer selbst, was mit den persönlichkeitsrelevanten Daten im Internet passieren soll. Entsprechend ist es ratsam, seinen Angehörigen einen Leitfaden zu hinterlassen, in welchem diese Vorgehensweise beschrieben ist, sei es als Testament oder als formlose Mitteilung, welche ausschließlich der Information der Angehörigen dient. In diesem sollte enthalten sein, ob die Konten gelöscht werden oder als Nachlass und „Internetleiche“ weiterleben sollen.

Ferner ist es ratsam bei dieser Vorgehensweise genaue Vertrauenspersonen zu bestimmen, welche den digitalen Nachlass regeln, denn nichts kann schädlicher sein, als Missbrauch mit den betreffenden Daten.

Um den Angehörigen anschließend den Zugang zu gewährleisten erweist sich ein Programm, welches die Passwörter einheitlich auf dem Computer oder anderen Speichermedien wie einer externen Festplatte hinterlegt und mit einem Masterpasswort geschützt ist, als gängigste und sicherste Methode. Hierbei umgeht man mögliche Sicherheitsrisiken, welche beim Speichern in Internetdiensten eintreten könnten. Das Masterpasswort kann z. B. in einem Safe hinterlegt oder im Testament ausdrücklich benannt werden.

Nicht empfehlenswert ist nach Ansicht des Autors das Übertragen der Zugangsdaten an einen Online-Vererbungsdienst, welcher anschließend die Accounts für den Verstorbenen löscht. Neben den beschriebenen Sicherheitsrisiken und einer unklaren Unternehmenssituation bzgl. einer möglichen Insolvenz, gelangen hierbei Daten in Hände fremder Menschen, die zwar den Nachlass regeln, aber deren Vertrauenswürdigkeit nur schwer einzuschätzen ist.

---

<sup>183</sup> Brucker-Kley u.a.: Sterben und Erben in der digitalen Welt, S. 71.

## 9 Befragung

### 9.1 Zweck und Ziel der Befragung

Um die Realitätsnähe des behandelten Themas noch einmal zu untermauern, wurde vom Verfasser dieser Arbeit eine Stichprobenbefragung an insgesamt 89 jugendlichen Gymnasiasten im Alter zwischen 16 und 18 Jahren zum digitalen Nachlass durchgeführt (Fragebogen siehe Anlage 2).

Grundsätzlich ist bewusst, dass diese Art der Befragung weder in der Form noch im Umfang der Teilnehmer einer repräsentativen Umfrage gerecht wird, dennoch lassen sich aus den vorliegenden Ergebnissen durchaus interessante Aspekte zum Internetverhalten der jungen Generation, welche mit den modernen Medien aufgewachsen und groß geworden ist, ziehen.

Im Rahmen der Befragung wurde den Schülerinnen und Schülern (im Folgenden wird ausschließlich die maskuline Form verwendet) der elften Klassen des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Zeitz ein Fragebogen mit zwei geschlossenen und zwei offenen Fragen vorgelegt, welcher von allen gewissenhaft und zu großen Teilen mit der notwendigen Sorgfalt bearbeitet wurde.

Als erstes wurde abgefragt, ob sich die Schüler beim Anmelden digitaler Dienste zu jeder Zeit die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Diensteanbieters (in der Fragestellung Betreiber genannt) durchlesen. Hinter dieser Frage versteckt sich das Ziel, herauszufinden, ob sich die Nutzer ohne großes Nachdenken bei den unterschiedlichsten Internetdiensten anmelden und etwaige Klauseln nicht beachten oder sich durchaus mit den Vorgaben der Diensteanbieter auseinandersetzen. Insbesondere wird hierbei u. a. an die Kündigung des eingegangenen Vertragsverhältnisses (Löschung des Accounts mit oder ohne Frist) oder versteckte Vertragskosten gedacht.

Ebenfalls in geschlossener Frageform wurde das Erbrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches in Bezug auf das Internet zum Inhaltsgegenstand. Da der Autor selbst die genannte Schule bis 2009 besuchte, ist bekannt, dass die Erb-Problematik u. a. im Rechts- und Sozialkundeunterricht thematisiert wird. Nach dem Befassen mit dem Thema „Digitaler Nachlass“ stellte sich die Frage, ob in die Unterrichtsinhalte die Thematik des digitalen Nachlasses und dessen Auswirkungen auf die Nachwelt in den vergangenen sechs Jahren auch aufgrund zunehmender Digitalisierung des Alltagslebens in den Lehrinhalten thematisiert wurde.

Daran knüpfen ebenfalls die beiden offenen Fragen an. Zunächst sollten die Schüler eine eigene Kurzdefinition zum Begriff „Digitaler Nachlass“ entwickeln. Ziel hinter dieser Frage war es zu überprüfen, ob den Schülern der Umfang des Begriffs bzw. in diesem

Zusammenhang auch der Umfang des Hinterlassens der eigenen digitalen Fußspuren im Internet bewusst ist.

Zuletzt sollten die Jugendlichen beantworten, was deren Meinung nach mit den Daten bzw. Nutzerkonten geschieht, wenn der Nutzer stirbt. In dieser Antwort sollten die Schüler Vermutungen über den Verbleib ihrer Daten nach dem Ableben äußern. Grundlegend fasst diese Frage die bisherigen drei noch einmal zusammen. Darin verstecken sich erstens eine genaue Beschäftigung mit den Hinweisen des Anbieters in seinen Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder etwaiger Hilfe-Seiten (Frage 1), zweitens die vorliegende Erbproblematik (Frage 2) und drittens auch der Begriff als solches (Frage 3).

Ein weiteres fundamentales Ziel der Befragung war, neben dem Herausfinden der in den Erläuterungen beschriebenen Problematiken und dem Forschungszweck, vor allem auch eine Sensibilisierung der ausgewählten Jugendlichen mit dem Thema.

## 9.2 Auswertung

An der am 03. Juni 2015 durchgeführten Stichprobenbefragung zum digitalen Nachlass nahmen 89 Schüler der elften Klassen des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Zeitz teil.

Die beiden geschlossenen Fragen wurden von den Jugendlichen durchgängig mit einem Antwortkreuz versehen, bei den offenen Fragen blieb bei insgesamt 16 Fragebögen die dritte Frage unbeantwortet. Die vierte Aufgabe wurde durch die Schüler der elften Klassen wiederum vollständig beantwortet.

## 9.2.1 Auswertung geschlossene Fragen

Frage 1: Lesen Sie sich beim Anmelden digitaler Dienste im Netz die AGB's des Betreibers durch?

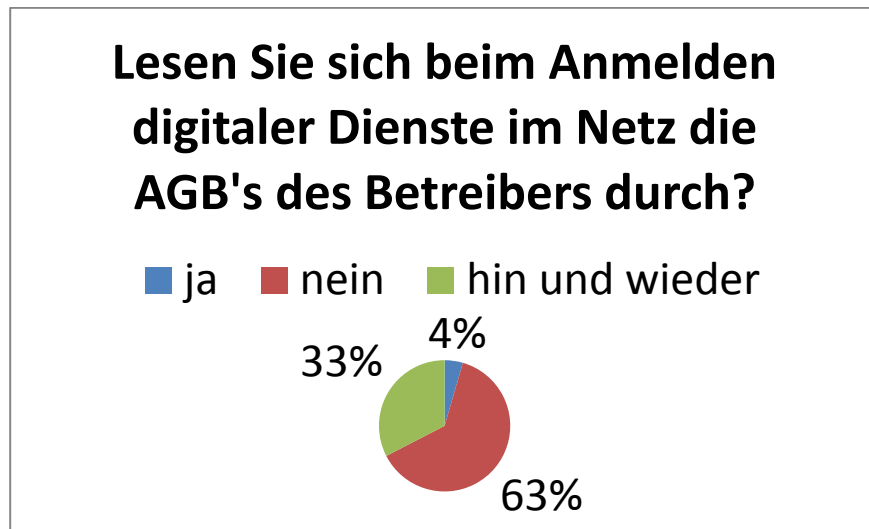


Abb. 1

Von den insgesamt 89 befragten Schülern, gaben vier an, sich regelmäßig die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des jeweiligen Betreibers gewissenhaft durchzulesen und sich entsprechend mit den Inhalten dieser auseinanderzusetzen. Dies sind ca. vier Prozent der Gesamtbefragten (siehe Abb. 1).

56 der 89 (ca. 63 Prozent) Schüler verneinten die Frage und sagten somit aus, dass sie sich ohne vorherige Absicherung oder Wissen über etwaige Vertragsklauseln bei den Diensteanbietern anmelden.

Die verbleibenden 33 Prozent (29 Schüler) teilten mit, dass sie sich hin und wieder die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Diensteanbieter durchlesen.

Aus den gegebenen Antworten lässt sich schlussfolgern, dass wie erwartet der geringste Anteil sich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen durchliest. Die meisten Schüler melden sich bei Diensteanbietern an, ohne vorher überhaupt einen Blick auf mögliche Vertragsklauseln geworfen zu haben. Dies hat zur Folge, dass sich u. a. nicht über eine etwaige Löschung der Profile oder Accounts informiert wird und diese schlussendlich als Internetleichen weiter zugänglich sein können.

Frage 2: Glauben Sie, dass das Erbrecht laut BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) auch im Internet gilt?

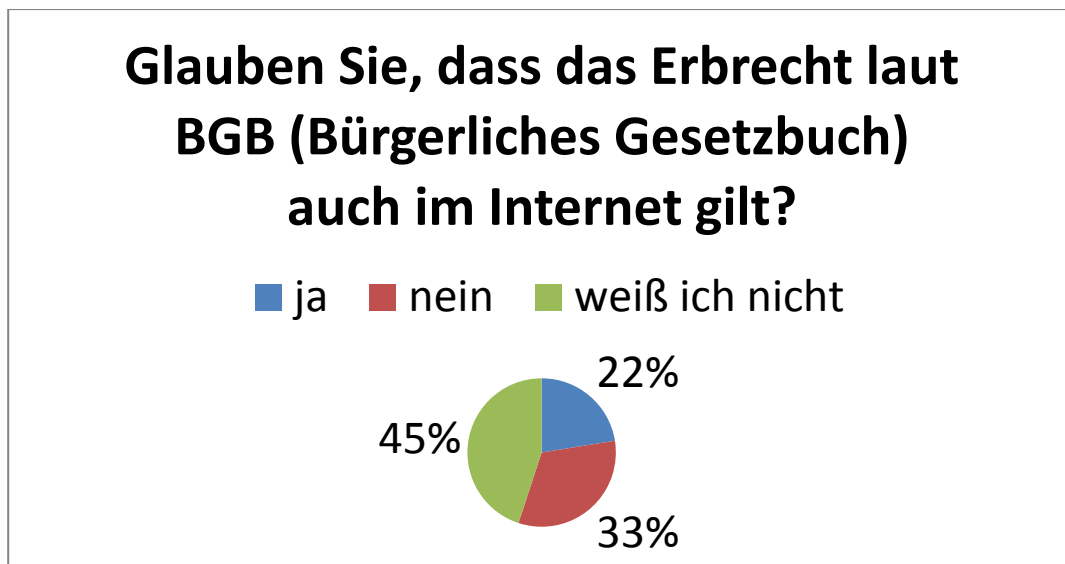


Abb. 2

Die zweite Fragestellung beantworteten 16 der 89 Schüler (ca. 22 Prozent) mit „Ja“ und glauben daher, dass das Erbrecht laut dem Bürgerlichen Gesetzbuch auch für Dienste im Internet gilt.

29 Schüler (ca. 33 Prozent) waren der Meinung, dass dies nicht so ist. Mit „weiß ich nicht“ antworteten 40 von 89 Schülern, was einen Gesamtanteil von 45 Prozent der Befragten ausmacht.

### 9.2.2 Auswertung offene Fragen

Frage 3: Was verstehen Sie unter dem Begriff „Digitaler Nachlass“?

Bei der Betrachtung der dritten Fragestellung lässt sich zunächst feststellen, dass die Schüler in unterschiedlichster Form die Frage beantworteten. 16 der 89 Jugendlichen gaben hierzu keine Antwort bzw. hinterließen den Vermerk „Keine Ahnung“, „Habe den Begriff noch nie gehört“ oder „Ich kann mir darunter nichts vorstellen“ auf dem Fragebogen. Inwiefern diese 16 Schüler kein Interesse an der Beantwortung der Frage hatten bzw. nicht über eine Antwortmöglichkeit nachdachten oder sich wirklich nichts darunter vorstellen konnten, ist nicht nachvollziehbar.

48 der 89 befragten Schüler gehen in ihrer Antwort vor allem auf die persönlichkeitsrechtliche Komponente ein, also auf den Bereich, welcher diese Generation wohl am meisten betrifft. Da der Großteil der Befragten noch nicht volljährig ist, sind diese laut Gesetz noch nicht voll geschäftsfähig, was erklärt, warum die vertrags-

bzw. vermögensrechtliche Komponente von über 50 Prozent der Befragten nicht angesprochen wird.

Die meisten Schüler antworteten auf diese Frage inhaltlich mit „Daten, welche im Internet nach dem Tod noch verfügbar und abrufbar sind“ und erwähnten vor allem Facebook-Accounts sowie E-Mail-Postfächer. Auch der Begriff „digitale Fußspur“ wird von fünf Schülern benannt. Ferner sind weitere Antworten, welche den persönlichkeitsrechtlichen Aspekt betreffen u. a. „Hinterlassenschaften gestorbener Personen im Internet“, „Accounts, die zurückbleiben“, „Nutzerkonten und Accounts bleiben auch nach dem Tod des jeweiligen Nutzers weiter bestehen“, „Konten und Accounts von Personen, die verstorben sind“ oder „alles, was digital von mir gespeichert wird“.

Sieben Jugendliche erwähnten in ihren Aussagen die oben angesprochene vermögens- bzw. vertragsrechtliche sowie auch die urheberrechtliche Komponente. Hier sind u. a. Antworten wie „Erbe von Websites, Homepages, Apps an andere Personen“ oder „Wenn jemand stirbt, wer bekommt den digitalen Nachlass? (Lizenzen, Homepage, Konten)“ und „Was hinterlasse ich im Internet, wer bekommt dies im Todesfall?“ zu finden.

Ferner bezieht ein Schüler in seiner Antwort auch die urheberrechtliche Komponente ein. Dabei werden von ihm „selbst geschriebene Programme, gekaufte Programme, abgeschlossene Verträge“ genannt. Die persönlichkeitsrechtliche Komponente wird hierbei allerdings vollkommen außen vor gelassen.

Eine Antwort, betrachtet die sachrechtliche Komponente: „digitale Wertsachen wie Texte, Fotos, Videos auf dem PC“.

17 weitere Schüler hingegen gingen in ihren Antworten auf keine dieser vier Komponenten ein. Deren Vorstellung vom Begriff „Digitaler Nachlass“ ist vielschichtig. Fünf Schüler sind der Meinung, dass dies heißt, dass die Nutzer nicht mehr die Allgemeinen Geschäftsbedingungen lesen, sich somit ohne Hintergrundwissen ob der rechtlichen Situation bei Online-Diensten anmelden und nicht über die „Gefahren in der digitalen Welt Bescheid wissen.“

Zwei weitere Jugendliche geben an, dass unter dem Begriff verstanden wird, dass sich die Menschen immer weniger Gedanken machen, was sie im Internet preisgeben und über die Inhalte entsprechend die Kontrolle verlieren.

Ebenfalls zwei Schüler sagen aus, dass „die Aufklärung über Gefahren im Netz nachlässt“ oder der Begriff als eben diese Aufklärung angesehen wird.

Des Weiteren sind folgende Antworten gegeben wurden: „Kommunikation der Menschen untereinander lässt aufgrund der vielen Möglichkeiten von Apps nach“, „den Nachlass der Medienkompetenz bei Schülern“ oder „eine Vergütung, die man bekommt, wenn man z. B. etwas digital erwirbt.“



Zusammenfassend kann bei der dritten Frage festgestellt werden, dass die Schüler den persönlichkeitsrechtlichen Aspekt zu großen Teilen erfasst haben und sich durchaus darüber bewusst sind, dass sie durch Preisgabe ihrer Daten in sozialen Netzwerken oder E-Mail-Verläufen zum eigenen digitalen Nachlass beitragen.

Frage 4: Was geschieht Ihrer Meinung nach mit Daten/Anmeldungen bzw. Nutzerkonten, wenn der Nutzer stirbt?

62 der 89 Schüler sind grundlegend der Meinung, dass die Daten bzw. Fußspuren im Internet erhalten bleiben. Hierbei schränken 19 Jugendliche noch insofern ein, dass die Daten „eventuell irgendwann gelöscht werden.“ Allerdings äußern diese Befragten nicht, in welcher Art und Weise dies geschehen könnte.

Weitere 21 Schüler sind der Meinung, dass die Daten nach dem Ableben im Internet gelöscht werden. Hierbei sagen fünf dieser 21 Elftklässler aus, dass sie glauben, dass die Daten von Familienangehörigen oder Freunden gelöscht werden können, so diese den Zugang zu den Accounts bekommen. Hierbei wird von den Schülern eine realitätsnahe Möglichkeit zur Verwaltung des digitalen Nachlasses aufgezeigt. Die anderen 16 Jugendlichen glauben, dass die Daten bzw. Benutzerkonten nach einer gewissen Zeit der Inaktivität vom Betreiber der Website selbst vernichtet werden.

Drei Schüler der elften Klassen des Zeitzer Geschwister-Scholl-Gymnasiums sind der Meinung, dass die Daten durchweg an Freunde oder Bekannte übergehen bzw. vererbt werden. Allerdings haben von diesen drei Lernenden bei Frage zwei, welche die Gültigkeit des Erbrechts im Internet abfragt, je einmal „ja“, „nein“ und „weiß ich nicht“ angekreuzt. Entsprechend lässt sich aus der Kombination der Antworten kein eindeutiges Wissen nachweisen.

Unter den Gesamtbefragten befinden sich betreffend Frage vier aber auch drei sehr gute Antworten, welche zeigen, dass sich einige Schüler doch bereits mit der Thematik beschäftigt haben.

So verweist ein Schüler darauf, dass er weiß, dass bei Facebook Profile verstorbener Nutzer gelöscht werden können (siehe 7.1.2). Ein weiterer Jugendlicher beschreibt, dass „erstmal nichts [mit den Daten] geschieht, außer es wird ausdrücklich im Testament geregelt. Ob das Erbrecht hier gilt, weiß ich nicht, weil ich denke, dass es sich hierbei um eine Grau-Zone handelt. Festgelegte Regeln hierbei gibt es meines Erachtens nach nicht.“ Diese Antwort beinhaltet viele Facetten des zu betrachtenden Themas. Einerseits die Festlegungen im Testament, welche von den Erblassern aufgeführt werden können, andererseits aber auch der Hinweis auf eine rechtliche Grau-Zone. Dies wird darin untermauert, da es keine expliziten Gesetze zum Thema digitaler Nachlass gibt.

Die dritte Antwort eines Schülers, welche große Teile der Problematik erfasst, beinhaltet vor allem, dass Daten bzw. Accounts nicht einfach weitergegeben werden können.

Hierbei verweist der Schüler auf die geltenden Datenschutzbestimmungen sowie das Telemediengesetz. Entsprechend liegt auch hier bereits Kenntnis über das Thema vor.

### 9.3 Schlussfolgerung

Aus den gegebenen Antworten der 89 Schüler der elften Klassen des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Zeitz lassen sich trotz der nicht gegebenen Repräsentativität der Befragung einige Schlüsse ableiten.

Zunächst bestätigt sich die Vermutung des Autors, dass der Großteil der Jugendlichen nicht in Allgemeine Geschäftsbedingungen schaut bzw. diese nur in Ansätzen gelesen werden. Dies betrifft sicherlich nicht nur die sozialen Netzwerke wie Facebook oder E-Mail-Anbieter, viel schwieriger wird dies bei Einkäufen im Internet oder der Anmeldung bei einem Online-Versandhaus. Auch wenn die Schüler derzeit noch nicht voll geschäftsfähig sind, werden sich die groben Gewohnheiten auch nach Eintritt der Volljährigkeit nicht ändern.

Weiterhin wird der Boom an Online-Anmeldungen jedweder Art zunehmen und die Beachtung rechtlicher Strukturen, wie Rückgabefristen beim Online-Kauf oder Möglichkeiten zur Löschung von Accounts wenig beachtet. Dies erklärt viele Internetleichen sowie bereits einen Verlust über die Kontrolle der Daten schon zu Lebzeiten.

Aus der Kombination der weiteren drei Fragen lässt sich vor allem ein Nichtwissen über die zu behandelnde Thematik ableiten. Sicherlich werden von den meisten Schülern Aspekte genannt, welche zum digitalen Nachlass gehören (Frage 3), aber über deren Verwaltung nach dem Tod, was die eigentlich schwierige Herausforderung darstellt, herrscht meist Unwissen.

Viele sind der Meinung, dass diese Daten erhalten bleiben oder nur zum Teil gelöscht werden können. Diese unter den Befragten verbreitete Meinung zeigt, dass die Problematik im alltäglichen Leben dieser Schüler kaum Einzug gehalten hat und wohl auch noch nicht im Unterricht thematisiert wurde.

Obwohl genau diese Generation im digitalen Zeitalter des Web2.0 aufgewachsen ist, haben sich viele die Frage des Verbleibs intimer Daten nach dem Ableben noch nicht gestellt.

## 10 Fazit

Die in den nächsten Jahren zunehmende Wichtigkeit des behandelten Themas ist unbestritten. Nahezu stetig steigt die Zahl der Internetnutzer und entsprechend auch der digitalen Fußspuren im World Wide Web, welche nach dem biologischen Ableben eines Menschen weiterhin existieren und für die Nachwelt einsehbar sind.

Als langjähriger intensiver Internetnutzer hinterlässt man den Familienangehörigen eine Reihe unkontrollierter Daten, welche den großen Raum des Internets besiedelt haben. Hierzu gehören neben vertragsrechtlichen Komponenten, welche unter das in Deutschland gültige Erbrecht fallen und rechtsgültig entfernt werden können, vor allem die Inhalte des persönlichkeitsrechtlichen Aspekts, welche hoch privat sind und nicht in den wenigsten Fällen intime Daten, vertrauliche Kommunikationen und Geständnisse enthalten. Das Recht, dass diese Daten nicht in die Hände Dritter und somit in Vergessenheit geraten, ist eine fundamentale Regelung des Persönlichkeitsschutzes in der digitalen Welt.

Die Daten trotzdem von den Plattformen der Diensteanbieter zu entfernen und entsprechend zu schützen, ist für die meisten Erben ein heroischer Schaffensakt. Weder im deutschen Erbrecht, den weiteren im Verlauf der vorliegenden Arbeit beschriebenen Gesetzen und daraus folgend auch nicht in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der verschiedenen Plattformanbieter existieren solche festen Regelungen zum digitalen Nachlass.

Einige Diensteanbieter haben das Problem zwar erkannt und geben in ihren Hilfe-Portalen Anleitungen zum Umgang mit Accounts von Verstorbenen, allerdings sind diese oft mit erhöhtem Aufwand für den Rechtsnachfolger verbunden und nicht immer im Sinne der vorgegebenen Gesetze.

Daraus folgend sind den Plattformanbietern gesetzlich die Hände gebunden. Sie dürfen intime Daten nicht an Dritte herausgeben und entsprechend verbreiten – auch wenn der Dritte hierbei der Erbe ist. Dabei bewegen sich diese juristischen Personen in einem Teufelskreis der gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz, den Persönlichkeitsrechten sowie aber auch den Wünschen der Angehörigen und des Nutzers selbst. Fest steht, dass die Diensteanbieter die Zugangsdaten zu den betreffenden Accounts nicht ohne weiteres an die Erben weitergeben können, sofern es sich um persönlichkeitsrechtliche Aspekte des digitalen Nachlasses handelt.

Das Problem an sich sind also nicht die Daten als solche, es sind die Plattformen und Clouds, auf denen die Daten hinterlegt sind. Somit ist einer der entscheidenden Faktoren zur zukünftigen Bewältigung des digitalen Nachlasses abseits der in Punkt 8 aufgezeigten meist unkonventionellen Lösungsansätze ein klares Gesetz bzw. eine verbindliche Rechtsprechung.

Doch schon im Grundgedanken daran entsteht eine weitere ungelöste Problematik. Meist sind die Diensteanbieter international strukturiert und die betreffenden Daten können ebenso nahezu weltweit abgerufen werden. Eine rein deutsche Rechtsprechung gilt somit bei einem amerikanischen Anbieter und dessen Gerichtsstand im Ausland als schwierig durchsetzbar. Nichtsdestotrotz sind etwaige Regelungen oder Hilfestellungen aus öffentlicher Hand in Zukunft unumgänglich.

Die digitale Nachlassplanung ist in der gängigen Wirtschaftspraxis und dem Alltagsleben noch nicht verankert. Am Markt solide etablierte Geschäftsmodelle hierzu bestehen nicht. Von digitalen Vererbungsdiensten raten die Experten vor allem aufgrund nicht abschätzbarer Sicherheitsrisiken ab.

Fest steht hingegen, dass eine prämortale Vorsorge unumgänglich scheint. Hierzu ist aber eine Sensibilisierung und Beratung der Bevölkerung bzgl. des Themas von dringender Notwendigkeit. Entsprechend können Institutionen, welche bereits das Berufsfeld der Vorsorgeberatung inkludieren, diesen Weg bestreiten, sich das benötigte Fachwissen aneignen und ein vertrauenswürdiges, persönliches Geschäftsmodell für die digitale Nachlassplanung erschließen.

Ebenso scheint aus den Schlussfolgerungen der durchgeführten Befragung am Geschwister-Scholl-Gymnasium in Zeitz eine Konfrontation der Jugendlichen, welche ihre digitalen Gewohnheiten zügig ändern könnten, im Schulbetrieb von Nöten. Sei es durch Aufklärung im Informatikunterricht oder Aufzeigung der schwierigen rechtlichen Lage u. a. in Rechts-, Sozial- oder Gemeinschaftskunde. Doch dazu müsste wiederum die Politik, welche Lehrpläne und –inhalte erstellt, einschreiten und sich selbst dazu sensibilisieren. Denn die Bildung in Deutschland ist in der Form des Föderalismus im politischen Wesen inkludiert. Somit sind die Kultusministerien der einzelnen Länder und die Kultusministerkonferenz gefordert. Ebenfalls sollte eine Grundaufklärung bereits im Elternhaus geschehen, denn hier kommen die Jugendlichen zuerst in Kontakt mit den digitalen Medien. Dies setzt allerdings eine Kenntnis der Erziehungsberechtigten über den digitalen Nachlass voraus. Dafür ist wiederum Aufklärungsarbeit seitens Politik und Beratungsstellen notwendig.

In den nächsten Jahren bleibt wohl als die gewinnbringendste Lösung zur digitalen Nachlassplanung die Kenntnis der Angehörigen über die Existenz der Accounts und die Weitergabe der Zugriffsdaten an diese. In welcher der in den Lösungsansätzen aufgezeigten Formen dies geschieht, ist zunächst irrelevant. Wichtig scheint, dass die Angehörigen im Trauerfall eine schnelle Handhabung sowie einen Überblick bzgl. der Hinterlassenschaften haben und entsprechend den Großteil der Daten entfernen können.

Am Ende bleibt stehen, dass es aufgrund des Kontrollverlustes und der Streuung der Daten zu Lebzeiten keine vollständig bereinigte „Internetpersönlichkeit“ geben kann. Etwaige kleine Fußspuren werden trotz Löschung der großen Fußstapfen für die Nachwelt als digitales Erbe erhalten bleiben.

Ziel dieser Arbeit war es, die Problematik des digitalen Nachlasses aus rechtlicher sowie praktischer Sicht am Beispiel der gängigsten Plattformanbieter aufzuschlüsseln, übersichtlich in eine geordnete Form zu bringen, Lösungsansätze zu formulieren und vor allem der Tabuisierung des Themas entgegenzuwirken.

Doch trotz der zunehmenden Relevanz sowie der in der Gegenwart und Zukunft nötigen Beachtung des digitalen Vermächtnisses, bleibt eines doch seit Jahrhunderten bestehen: „Das einzig Wichtige im Leben sind die Spuren von Liebe, die wir hinterlassen, wenn wir weggehen.“<sup>184</sup> (Albert Schweitzer)

---

<sup>184</sup> Woxikon, Eisbär Media GmbH.

# Anlagen

## Anlage 1 – Kontaktformular Facebook

### Besondere Anfrage bezgl. des Kontos einer verstorbenen Person

Verwende bitte dieses Formular, um die Entfernung des Kontos einer verstorbenen Person oder den Gedenkzustand des Kontos zu beantragen. Wir möchten unser Beileid aussprechen und schätzen deine Geduld und dein Verständnis während dieses Prozesses. Unzusammenhängende Anfragen über dieses Formular können nicht beantwortet werden. Um die Privatsphäre von Personen auf Facebook zu bewahren, können wir die Anmeldeinformationen für Konten niemandem mitteilen.

Dein vollständiger Name

Deine E-Mail-Adresse

Vollständiger Name des Kontos der verstorbenen Person

E-Mail-Adresse des Kontos der verstorbenen Person

Die E-Mail-Adresse, die wahrscheinlich zum Erstellen des Kontos verwendet wurde

Internetadresse (URL) der Chronik

Beachte bitte, dass wir einen Nachweis benötigen, dass du ein direktes Familienmitglied oder ein Nachlassverwalter bist, um das Konto entfernen oder besonderen Anfragen nachkommen zu können.

Beziehung zu der Person

- ☐ Unmittelbare Familienangehörige (Partner, Eltern, Geschwister, Kinder)
- ☐ Erweiterte Familie (Großeltern, Tante, Onkel, Cousin/e)
- ☐ Kein Familienmitglied (FreundIn, ArbeitskollegIn, KlassenkameradIn)

Wie können wir dir helfen?

- ☐ Dieses Konto in den Gedenkzustand versetzen
- ☐ Dieses Konto löschen
- ☐ Ich habe eine spezielle Anfrage
- ☐ Ich habe eine Frage

Wann ist die Person verstorben?

✚ Jahr hinzufügen

Bitte lege einen Nachweis vor, dass du ein direktes Familienmitglied bist

Du musst ein offizielles Dokument, wie die Sterbeurkunde oder die Geburtsurkunde der verstorbenen Person oder einen rechtsgültigen Nachweis einer Behörde hochladen

Zusätzliche Informationen

Wenn du eine spezielle Anfrage oder eine Frage hast, nutze das folgende Feld, um uns diese mitzuteilen

Quelle: Facebook Ireland Limited: Desktop-Hilfe, Besondere Anfrage bezgl. des Kontos einer verstorbenen Person:  
<https://www.facebook.com/help/contact/228813257197480> [Stand 16.05.2015].

Senden

## Anlage 2 – Fragebogen

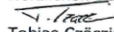
Liebe Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen,

als ehemaliger Schüler des GSG bitte ich Sie um Ihre Hilfe.

Für meine Bachelorarbeit mit dem Titel „Digitaler Nachlass“ möchte ich stichprobenartig erfassen, wie heutige Gymnasiasten, die mit dem Internet groß geworden sind, sich mit diesem Thema beschäftigen.

Daher möchte ich Sie bitten, folgende vier Fragen zu beantworten. Die Auswertung erfolgt selbstverständlich anonym.

Herzlichen Dank für Ihre Mühe.

  
Tobias Czäczine

Lesen Sie sich beim Anmelden digitaler Dienste im Netz die AGB`s des Betreibers durch?

☐ Ja      ☐ Nein      ☐ hin und wieder

Glauben Sie, dass das Erbrecht laut BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) auch im Internet gilt?

☐ Ja      ☐ Nein      ☐ weiß ich nicht

Was verstehen Sie unter dem Begriff „Digitaler Nachlass“?

---

---

---

---

---

---

---

---

Was geschieht Ihrer Meinung nach mit Daten/Anmeldungen bzw. Nutzerkonten, wenn der Nutzer stirbt?

---

---

---

---

---

---

---

---

# Abkürzungsverzeichnis

- Abb. – Abbildung
- AGB – Allgemeine Geschäftsbedingungen
- BDSG – Bundesdatenschutzgesetz
- BGB – Bürgerliches Gesetzbuch
- bspw. – beispielsweise
- GG – Grundgesetz
- i. V. – in Verbindung mit
- SGB – Sozialgesetzbuch
- TKG – Telekommunikationsgesetz
- TMG – Telemediengesetz
- u. a. – unter anderem
- UrHG – Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urhebergesetz)
- z. B. – zum Beispiel



# Abbildungsverzeichnis

- Abb.1: Auswertung Frage 1: Lesen Sie sich beim Anmelden digitaler Dienste im Netz die AGB's des Betreibers durch? S. 41
- Abb.2: Auswertung Frage 2: Glauben Sie, dass das Erbrecht laut BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) auch im Internet gilt? S. 42

(Erstellung durch den Autor)

# Quellenverzeichnis

## Literaturverzeichnis

- **Andres, J.:** Heute schon geerbt? ... sogar schon gestern. Der ultrakompakte Ratgeber für Erben und solche, die es gefahrlos werden wollen, Düsseldorf 2013.
- **Averesch, D.:** Das problematische Erbe, in: Mitteldeutsche Zeitung (13.04.2015), S. 25.
- **Berens, H.; Engel, H.-P. (Hrsg.):** Wichtige Wirtschaftsgesetze für Bachelor Band 1, 3. Auflage, Herne 2011.
- **Bräutigam, P.; von Sonnleither, B.:** Vertragliche Aspekte der Social Media, in: Hornung, Gerrit; Müller-Terpitz, Ralf (Hrsg.): Rechtshandbuch Social Media, Heidelberg 2015, Heidelberg 2015, S. 35 – 78.
- **Brucker-Kley, E.; Keller, T.; Kurtz, L. u. a.:** Sterben und Erben in der digitalen Welt. Von der Tabuisierung zur Sensibilisierung, Winterthur 2013.
- **Bruggemann, T.; Feil, T.; Ferner, J. u. a.:** Lexikon für das IT-Recht 2014/2015. Die 150 wichtigsten Praxisthemen, Heidelberg 2014.
- **Hoffmann, H.; Jobs, A.; Sczeponek, M.:** Digitales Erbe. Was passiert nach meinem Tod mit den Benutzerkonten, in: Mitteldeutsche Zeitung (20.04.2015), S. 24.
- **Hohlfeld, R.; Godulla, A.:** Das Phänomen der Sozialen Medien, in: Hornung, G.; Müller-Terpitz, R. (Hrsg.): Rechtshandbuch Social Media, Heidelberg 2015, S. 11 – 34.
- **Hornung, G.:** Datenschutzrechtliche Aspekte der Social Media, in: Hornung, G.; Müller-Terpitz, R. (Hrsg.): Rechtshandbuch Social Media, Heidelberg 2015, S. 79 – 130.
- **Creifelds, C.; Lichtenberger, G.; Model, O. u. a.:** Staatsbürgertaschenbuch, 33. Auflage, München 2012.
- **Rott, E.; Kornau, M. S.; Zimmermann, R.:** Testamentsvollstreckung für Steuerberater und Vermögensverwalter, 2. Auflage, Wiesbaden 2012.
- **Tapscott, D., Williams, A.:** Wikinomics. Die Revolution im Netz, München 2009.

## Vorlesungsmitschriften des Autors

- **Tobias, S.:** Vorlesung Medien-, Kultur- und Gesellschaft, Management Akademie Riesa, 1. Semester, Riesa 2011/2012.
- **Vogt, V. A.:** Vorlesung Medien-, Kultur- und Gesellschaft, Management Akademie Riesa, 1. Semester, Riesa 2011/2012.
- **Vogt, V.A.:** Vorlesung Spezielles Recht, ISA21 – individuell und international, 4. Semester, Riesa 2013.

## Internetquellen

### Gesetze im Internet

- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 1 Zweck und Anwendungsbereich des Gesetzes: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_1.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/__1.html) [Stand 13.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 4 Zulässigkeit der Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_4.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/__4.html) [Stand 13.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 19 Auskunft an den Betroffenen: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_19.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/__19.html) [Stand 13.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 20 Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten; Widerspruchsrecht: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_20.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/__20.html) [Stand 13.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 28 Datenerhebung und –speicherung für eigene Geschäftszwecke: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_28.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/__28.html) [Stand 13.05.2015].

- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 34 Auskunft an den Betroffenen: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_\\_34.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/___34.html) [Stand 13.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 35 Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_\\_35.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/___35.html) [Stand 13.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). § 43 Bußgeldvorschriften: [http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg\\_1990/\\_\\_\\_43.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/___43.html) [Stand 13.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) § 1 Allgemeines: [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_\\_\\_1.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/___1.html) [Stand 08.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz). § 2 Geschützte Werke: [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_\\_\\_2.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/___2.html) [Stand 08.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz). § 28 Vererbung des Urheberrechts: [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_\\_\\_28.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/___28.html) [Stand 08.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz). § 29 Rechtsgeschäfte über das Urheberrecht: [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_\\_\\_29.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/___29.html) [Stand 08.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz). § 30 Rechtsnachfolger des Urhebers: [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_\\_\\_30.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/___30.html) [Stand 08.05.2015].

- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz). § 31 Einräumung von Nutzungsrechten: [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_\\_\\_31.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/___31.html) [Stand 08.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz). § 64 Allgemeines: [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_\\_\\_64.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/___64.html) [Stand 08.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) – Allgemeiner Teil – (Artikel I des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, BGBl. I S. 3015). § 35 Sozialgeheimnis: [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_1/\\_\\_\\_35.html](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_1/___35.html) [Stand 16.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Telekommunikationsgesetz (TKG). § 3 Begriffsbestimmungen: [http://www.gesetze-im-internet.de/tkg\\_2004/\\_\\_\\_3.html](http://www.gesetze-im-internet.de/tkg_2004/___3.html) [Stand 11.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Telekommunikationsgesetz (TKG). § 88 Fernmeldegeheimnis: [http://www.gesetze-im-internet.de/tkg\\_2004/\\_\\_\\_88.html](http://www.gesetze-im-internet.de/tkg_2004/___88.html) [Stand 11.05.2015].
- **Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:** Telemediengesetz (TMG). § 13 Pflichten des Diensteanbieters: [http://www.gesetze-im-internet.de/tmg/\\_\\_\\_13.html](http://www.gesetze-im-internet.de/tmg/___13.html) [Stand 11.05.2015].

#### Allgemeine Geschäftsbedingungen und Hilfe-Bereiche der Diensteanbieter

- **Facebook Ireland Limited:** Datenrichtlinie: <https://de-de.facebook.com/about/privacy/> [Stand 16.05.2015].
- **Facebook Ireland Limited:** Desktop-Hilfe. Besondere Anfrage bezgl. des Kontos einer verstorbenen Person: <https://www.facebook.com/help/contact/228813257197480> [Stand 16.05.2015].

- **Facebook Ireland Limited:** Hilfebereich. Kann ich einen Teil des Inhalts von einem Konto im Gedenkzustand hinzufügen oder entfernen: <https://www.facebook.com/help/625352257502955> [Stand 16.05.2015].
- **Facebook Ireland Limited:** Hilfebereich. Warum kann ich mich nicht bei einem Konto im Gedenkzustand anmelden: <https://www.facebook.com/help/146677972070075> [Stand 16.05.2015].
- **Facebook Ireland Limited:** Hilfebereich. Was ist der Unterschied zwischen dem Deaktivieren und dem Löschen meines Kontos: <https://www.facebook.com/help/125338004213029> [Stand 16.05.2015].
- **Facebook Ireland Limited:** Was ist ein Nachlasskontakt: <https://www.facebook.com/help/1568013990080948> [Stand 16.05.2015].
- **Facebook Ireland Limited:** Hilfebereich. Was passiert im Fall meines Ablebens mit meinem Konto: <https://www.facebook.com/help/103897939701143> [Stand 16.05.2015].
- **Facebook Ireland Limited:** Hilfebereich. Wie kann ich die Entfernung des Kontos eines verstorbenen Familienangehörigen beantragen: <https://www.facebook.com/help/1518259735093203> [Stand 16.05.2015].
- **Facebook Ireland Limited:** Hilfebereich. Wie melde ich einen verstorbenen Nutzer oder ein Konto, das in den Gedenkzustand versetzt werden muss: <https://www.facebook.com/help/150486848354038> [Stand 16.05.2015].
- **Google Inc.:** Gmail-Hilfe: Google-Konto löschen: [https://support.google.com/mail/answer/32046?hl=de&ref\\_topic=3394590](https://support.google.com/mail/answer/32046?hl=de&ref_topic=3394590) [Stand 18.05.2015].
- **Google Inc.:** Google Konten-Hilfe: Anfrage bezüglich des Kontos eines verstorbenen Nutzers: <https://support.google.com/accounts/contact/deceased?hl=de&rd=1> [Stand 18.05.2015].
- **Google Inc.:** Google Konten-Hilfe: Über den Kontoinaktivitäts-Manager: <https://support.google.com/accounts/answer/3036546?hl=de> [Stand 18.05.2015].
- **PayPal (Europe) S.à.r.l. et Cie, S.C.A.:** PayPal-Ebay-Update: Neue Informationen für unsere Kunden: <https://www.paypal.com/de/webapps/mpp/paypal-ebay-update> [09.06.2015].

- **PayPal (Europe) S.à.r.l. et Cie, S.C.A.:** PayPal-Nutzungsbedingungen. Aktuelle PayPal Nutzungsbedingungen: <https://www.paypal.com/de/webapps/mpp/ua/user-agreement-full> [Stand 09.06.2015].
- **STRATO AG:** Allgemeine Geschäftsbedingungen der STRATO AG, Version 16.30: <http://www.strato.de/agb/> [Stand 19.05.2015].
- **STRATO AG:** Hilfe & Kontakt: Was muss gemacht werden, wenn der Vertragspartner und/oder Domaininhaber verstorben ist und die Domain gelöscht werden soll: <http://faq.strato.de/article/604> [Stand 19.05.2015].
- **Twitter, Inc.:** Allgemeine Geschäftsbedingungen von Twitter: <https://twitter.com/tos?lang=de> [Stand 18.05.2015].
- **Yahoo! EMEA Limited.:** Yahoo Allgemeine Geschäftsbedingungen: <https://policies.yahoo.com/ie/de/yahoo/terms/utos/index.htm> [Stand 18.05.2015].

#### Weitere Internetquellen

- **Carroll, E.; Romano, J.:** Digital Death and Afterlife Online Services List: <http://www.thedigitalbeyond.com/online-services-list/> [Stand 10.06.2015].
- **CHIP Digital GmbH:** Download. Password Safe: [http://www.chip.de/downloads/Password-Safe\\_17477253.html](http://www.chip.de/downloads/Password-Safe_17477253.html) [Stand 10.06.2015].
- **Lenke, Marion:** Sterben 2.0. Nutzerprofile nach dem Tod: So regeln Sie Ihren digitalen Nachlass: [http://www.focus.de/digital/internet/sterben-2-0-virtuelle-grabpflege-so-regeln-sie-ihren-digitalen-nachlass\\_id\\_4224951.html](http://www.focus.de/digital/internet/sterben-2-0-virtuelle-grabpflege-so-regeln-sie-ihren-digitalen-nachlass_id_4224951.html) [Stand 19.05.2015].
- **Martini, M.:** Der digitale Nachlass und die Herausforderung postmortalen Persönlichkeitsschutzes im Internet, Zweitveröffentlichung (iSd § 38 IV UrHG): <http://www.dhv-speyer.de/martini/Martini%20-%20Der%20Digitale%20Nachlass%20Typskript%20endg.pdf> [Stand 08.06.2015]
- **Woxikon 2006 – 2015 Eisbär Media GmbH:** <http://sprueche.woxikon.de/traurige-sprueche/sprueche-fuer-trauerkarten/2983> [Stand 16.06.2015].
- **Statista GmbH:** Statistiken zu Facebook: Aktuelle Statistiken und Informationen zu Facebook: <http://de.statista.com/themen/138/facebook/> [Stand 10.06.2015].

- **Statista GmbH:** Statistiken zu Google: Statistiken und Studien zu Google: <http://de.statista.com/themen/651/google/> [Stand 11.06.2015].
- **Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.:** Checkliste. Tipps: So regelst du deinen digitalen Nachlass: [http://machts-gut.de/downloads/Checkliste\\_Tipps\\_Nachlass.pdf](http://machts-gut.de/downloads/Checkliste_Tipps_Nachlass.pdf) [Stand 10.06.2015].



# Eigenständigkeitsklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Breitenbach, 23.06.2015

---

Ort, Datum

Tobias Czäczine